

ISS AKTUELL



Thomas Pankratz (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresbeginn 2014

Globale Akteure, internationale Organisationen,
Konferenzen und Abkommen

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Jänner 2014

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/14
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Wie nunmehr schon gewohnt, veröffentlicht das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie auch zum Jahresbeginn 2014 wieder den halbjährlichen Überblick zur strategischen Lage. Den Lesern möchten wir damit eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte der komplexen internationalen Situation bieten und – soweit dies überhaupt möglich ist – auch einen Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen andeuten. Die Beiträge wurden um den 27. Jänner 2014 abgeschlossen.

Wie seit Jahren bewährt, lag die Leitung dieser Zusammenstellung bei Dr. Thomas Pankratz, der seit 2012 den Fachbereich Strategie unseres Instituts leitet. Die Angehörigen der anderen Fachbereiche des Instituts sowie Major des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik (derzeit dienstzugeteilt zum Büro für Sicherheitspolitik des BMLVS) und der frühere Leiter des Fachbereichs Strategie, Oberst des Generalstabes Mag. Franz Sitzwohl (jetzt in der Abteilung Militärpolitik) haben daran ebenso mitgewirkt wie Dr. Malek, der zum Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement gehört und dem ISS derzeit im Rahmen eines Projektes zugeteilt ist.

Erstmals ist ein Beitrag zu Südafrika enthalten, womit alle „BRICS-Staaten“ (Brasilien, Russland, China, Indien, Südafrika) erfasst sind. Wie schon bisher, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und geben ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber in irgendeiner Weise eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK wieder.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*i.A.: Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik ad interim*

Einleitende Bemerkungen

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

„Die Probe der Güte ist, dass der Leser nicht zurückzulesen hat“. Dieses Zitat, das dem deutschen Schriftsteller Jean Paul zugeschrieben wird, kann gewissermaßen als eine Richtlinie für unseren halbjährlichen Bericht „Zur Strategischen Lage. Globale Akteure, Internationale Organisationen, Konferenzen und Abkommen“ gesehen werden. Grundlegendes Ziel ist, die wichtigsten Entwicklungen bei ausgewählten bedeutenden staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in kurzer und prägnanter Weise darzustellen.

In dieser Ausgabe haben wir nunmehr auch Südafrika aufgenommen, um die komplette BRICS-Gruppe zu erfassen. Aus Aktualitätsgründen findet sich auch ein Kurzbeitrag zur Ukraine.

Da die globale wirtschaftliche Entwicklung eine der treibenden Kräfte der internationalen Beziehungen ist, findet sich auch wieder ein eigener, eher umfassender, Abschnitt zu diesem Thema.

Komplettiert wird der Bericht durch Zusammenfassungen verschiedener Konferenzen und Abkommen sowie unterschiedlichster Studien und Berichte. Wie dem aufmerksamen Leser der bisherigen Berichte aufgefallen sein mag, umfassen letztere kaum Themen, die im engeren sicherheits- bzw. verteidigungspolitischen Diskurs verortet sind. Durch die Darstellung dieser Studien und Berichte beabsichtigen wir, auch auf die Bedeutung dieser Themen für die Sicherheitspolitik, insbesondere wenn man diesen Bereich in einem umfassenden Sinn versteht, aufmerksam zu machen. Ob wir wollen oder nicht: Themen wie z.B. Klimawandel, internationale und nationale demographische oder auch gesellschaftspolitische Entwicklungen, werden bestimmende Faktoren für die künftige Ausgestaltung der Sicherheitspolitik sein werden.

Der Zeitraum des Berichts umfasst das zweite Halbjahr 2013. Auch wird, soweit möglich, zum Teil auch schon ein Ausblick auf kommende Entwicklungen gegeben. Die Einzelbeiträge wurden in der zweiten Jännerhälfte 2014 finalisiert.

Der Bericht gliedert sich wie bisher in folgende Hauptabschnitte:

- Akteure (USA, Russland, China, Indien, Brasilien sowie Südafrika, EU und NATO)
- Globale ökonomische Entwicklung
- ausgesuchte internationale Konferenzen und Abkommen
- ausgewählte Studien und Berichte von sicherheitspolitischer Relevanz

An dieser Stelle dürfen wir uns wieder sehr herzlich bei ObstdG Mag. Franz Sitzwohl (Abt MilPol) und MjrdhmfD Mag. Herwig Jedlaucnik (BfSiPol), bedanken, die auch dieses Mal am Bericht mitwirkten.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Thomas Pankratz
LVAK/ISS/Fachbereich Strategie*

Inhalt:

USA (Felix SCHNEIDER)	3
Russland (Martin MALEK)	5
Ukraine (Martin MALEK)	7
China (Gerald BRETTNER-MESSLER)	8
Indien (Gerald BRETTNER-MESSLER)	11
Brasilien (Franz SITZWOHL)	13
Südafrika (Erwin SCHMIDL)	15
Europäische Union (Gunther HAUSER)	19
NATO (Gunther HAUSER)	21
Globale Wirtschaftsentwicklung (Herwig JEDLAUCNIK)	23
Konferenzen und Abkommen (Gunther HAUSER/Thomas PANKRATZ)	28
Studien und Berichte (Thomas PANKRATZ)	31

USA

Analyse der letzten 6 Monate

Auch im zweiten Halbjahr 2013 gehörte das iranische Atomprogramm zu den wichtigsten Herausforderungen der US-Administration. Der persischen Führung war in den vergangenen Jahren immer wieder vorgeworfen worden, mit ihrem mit Hochdruck vorangetriebenen Nuklearprojekt nicht nur zivile Ziele zu verfolgen, wie von Teheran gebetsmühlenartig behauptet. Im November kam es in Genf im Rahmen der von der 5+1-Gruppe (5 UN-Vetomächte plus Deutschland) mit dem Iran geführten Verhandlungen im genannten Atomstreit zu einem überraschenden Durchbruch: Nach vierjährigen Verhandlungen einigte man sich auf ein Übergangsabkommen, in dessen Rahmen sich Teheran verpflichtete, jegliche Urananreicherung über 5% einzustellen und bereits auf 20% angereichertes Material zu neutralisieren. Darüber hinaus erklärte sich der Iran damit einverstanden, zukünftig den Inspektoren der IAEA wieder ungehinderten Zutritt zu den fraglichen Anlagen zu gestatten. Auch der Bau des geplanten zweiten Schwerwasser-Reaktors in Arak soll eingestellt werden. Im Gegenzug werden mehr als 4,2 Milliarden US\$ aus Ölverkäufen, d.h. Gelder, die bislang (hauptsächlich) auf US-Konten „eingefroren“ waren, freigegeben. Daneben wird dem Iran der Handel mit Erdöl und Metallen wieder erleichtert und so da Embargo gelockert. Die in Genf getroffene Vereinbarung ist mit sechs Monaten befristet.

Der seit Anfang des Jahres 2013 schwelende Streit um das US-Budget fand letzten November sein vorläufiges Ende. Nach dem Senat stimmte im Oktober auch das Repräsentantenhaus dem Gesetzesentwurf zu einem Übergangsetat bis Februar 2014 zu. Damit war der „Government-Shutdown“, der 16 Tage lang einen teilweisen Stillstand vieler US-Bundesbehörden bedeutet hatte, vorbei. John Boehner, der republikanische Vorsitzende des Repräsentantenhauses, musste sich letztlich geschlagen geben: „Wir haben einen guten Kampf geliefert, wir haben einfach nicht gewonnen!“. US-Präsident Obama begrüßte natürlich das Ende dieser - auch international - sehr peinlichen Selbstlähmung der einzigen verbliebenen Supermacht, äußerte jedoch gleichzeitig auch Kritik an dem internen politischen Umgang. „Wir müssen aufhören, von Krise zu Krise zu regieren“ mahnte Obama in einer ersten Reaktion an und äußerte gleichzeitig die Hoffnung, dass „es nächstes Mal nicht wieder in letzter Sekunde“ sein dürfe, bis man sich auf einen tragfähigen Kompromiss einigte.

Die von Präsident Obama selbst zu mittlerweile einer Art Vermächtnis hochstilisierte Gesundheitsreform („Obamacare“) begann Anfang November mit einem peinlichen Fehlstart des Onlineportals, auf dem sich bis zum 31. März 2014 Millionen US-Bürger für die neue Gesundheitsversicherung registrieren müssen. Unerreichbarkeit der Website und

mannigfaltige andere technische Probleme und Störungen ließen das Unternehmen „Gesundheitsvorsorge für alle“ nur sehr langsam in die Gänge kommen. Dies ist vor allem insofern peinlich, als dass damit nicht nur der Name und das jahrelange Engagement des amtierenden US-Präsidenten verknüpft ist, sondern auch allen denjenigen Unterlassungsstrafen drohen, die die gestellten Fristen verabsäumen.

Die Lawine von nachrichtendienstlichen Enthüllungen des früheren Mitarbeiters der National Security Agency (NSA), Edward Snowden, hat auch im zweiten Halbjahr 2013 weltweit eine Unzahl von meist USA-kritischen politischen Statements ausgelöst, die Präsident Obama mehr und mehr zusetzen. Der in den USA unter dem Vorwurf des Verdachts der Spionage gesuchte Snowden lebt momentan in Moskau im Exil und meldet sich über soziale Netzwerke weiter regelmäßig zu Wort. Daneben agieren verschiedene westliche Journalisten, die auf Snowdens Datenbestände Zugriff haben und regelmäßig und mediengerecht Enthüllungen über die Tätigkeit der NSA aber auch weiterer westlicher Nachrichtendienste, die mit den US-Amerikanern eng kooperieren, präsentieren. Der Sturm der Entrüstung wehte Obama nun auch mehr und mehr im eigenen Land ins Gesicht, nachdem bekannt wurde, dass – entgegen Obamas Versicherung vom Juni 2013, das NSA-Programm zur Überwachung des Email-Verkehrs „does not apply US-citizens“ - tatsächlich auch Millionen amerikanischer User überwacht und deren Mails systematisch gesammelt wurden. Die bereits 2004 vom Kongress gegründete Kommission „Privacy and Civil Liberties Oversight Board (PCLOB)“, eine unabhängige Einrichtung, die die US-Regierung bezüglich Datenschutzfragen und Bürgerrechten berät, hat im Jänner 2014 schließlich auch die Überwachung und Speicherung von Telefonverbindungsdaten in den USA durch die NSA als unrechtmäßig erklärt. Laut PCLOB berufe sich die NSA in dieser Frage zu Unrecht auf den Patriot Act. Obwohl dem Präsidenten der Bericht der Kommission laut „Washington Post“ zeitgerecht vorlag, hatte sich Obama Anfang des Jahres 2014 demonstrativ hinter die NSA gestellt und nur marginale künftige Beschränkungen angekündigt.

Ausblick

US-Präsident Barack Obama äußerte sich bezüglich der in Genf getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms vorsichtig optimistisch und klassifizierte die Übereinkunft als einen wichtigen ersten Schritt zu einer weiterreichenden, umfassenden Lösung. Bedenken Israels, das wenig überraschend die in Genf unterzeichnete Vereinbarung ablehnt, versuchte Obama als auch US-Außenminister John Kerry mit dem Hinweis zu zerstreuen, Israel und andere Verbündete der USA in dieser Region seien nun sogar sicherer. Diese Ansicht wird bis dato von Tel Aviv jedoch nicht geteilt. Welche politische Konsequenz die von Teheran zu Jahresbeginn mit Zielrichtung Washington gestartete „Charme“-Offensive haben wird, bleibt abzuwarten und wird wohl auch nicht zuletzt vom der persischen Haltung im eskalierenden Syrien-Konflikt abhängen .

Letztlich ist das peinliche Spiel rund um den US-Haushalt und das Überschreiten der mit 16,7 Billionen US\$ bereits exorbitant hohen US-Schulden ein innenpolitisches Desaster, das auch seinen Preis hat: Der Schaden, der der ohnehin noch schwächelnden US-Wirtschaft dadurch entstand, wird von der Wallstreet auf mittlerweile 24 Milliarden US\$ geschätzt. Die Vorstellung, die US-Regierung könne ihre momentanen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen, zieht auch international weite Kreise: Weltbank-Präsident Jim Yong Kim äußerte die Ansicht, dass die Weltwirtschaft durch das interne US-Ränkespiel nur knapp einer großen Katastrophe entgangen sei. Auch bis Februar 2014 wird sich an der Situation wohl nichts Entscheidendes geändert haben: Bis einschneidende Sparmaßnahmen greifen macht es nur eine Erhöhung der Schuldenobergrenze letztlich möglich, dass sich die USA auch in Zukunft wieder frisches Geld an den Kapitalmärkten werden beschaffen können.

Im ersten Monat von „Obamacare“ entschieden sich aufgrund der geschilderten Anlaufschwierigkeiten gerade einmal 106.000 US-Amerikaner für die neue

Gesundheitsvorsorge. Nicht gerade sehr viel, wenn man bedenkt, dass das Maßnahmenpaket der bereits 2010 verabschiedeten Gesundheitsreform sich an jene 41 Millionen US-Bürger richtet, die nicht krankenversichert sind. Anfang Dezember startete Obama eine landesweite PR-Kampagne, um für die Gesundheitsreform zu werben. Mittlerweile scheinen die größten Mängel des Onlineportals tatsächlich behoben worden zu sein. Angesprochen auf den langen Weg, der noch gegangen werden müsse, bis die Reform schließlich greife, meinte der US-Präsident: "Wenn ich weitere drei Jahre kämpfen muss, um sicherzustellen, dass dieses Gesetz funktioniert, dann werde ich das tun! [...] Die Quintessenz ist, dieses Gesetz funktioniert und wird auch in Zukunft funktionieren!"

Von einer echten Reform der NSA oder auch nur deutlichen Beschränkungen der staatlichen Überwachung der verschiedensten Kommunikationssysteme durch die NSA kann - trotz internationaler Empörung - (noch) keine Rede sein. Da es sich im Rahmen der nun ans Licht gekommenen Überwachungsorgien der NSA im letzten halben Jahr aber immer deutlicher herausstellte, dass von den hier skizzierten Methoden beileibe nicht nur das Ausland betroffen ist, wird Obama aufpassen müssen, dass ihm nicht bald ein starker Wind der sich momentan erst formierenden US-Bürgerrechtsbewegungen ins Gesicht bläst. Sobald durch US-Gerichte eindeutig nachgewiesen werden kann, dass hier massive Verletzungen der „heiligen Kuh“ US-Verfassung von der NSA nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern sogar aktiv und mit Vorsatz betrieben wurden, wird der gebetsmühlenartige Hinweis auf die notwendige Bekämpfung des internationalen Terrorismus vielleicht bald schon nicht mehr genügen. Laut PCLOB stellt das Telefon-Überwachungsprogramm der NSA schon jetzt eine „ernste Bedrohung“ der amerikanischen Bürgerrechte dar. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es „keinen einzigen Fall [gäbe], in dem das Programm zur Aufdeckung eines zuvor unbekanntem Terrorplans oder Verhinderung von terroristischen Angriffen beigetragen hätte."

Russland

Analyse der letzten 6 Monate

Die im Berichtszeitraum abgelaufene russische Budgetplanung ging von einer Kürzung der föderalen Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Bildung, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft sowie Kultur bei Anhebung der Aufwendungen für Armee und Rüstung aus (die Regierung erklärte, dass dafür die Regionen Russlands mehr für Soziales usw. ausgeben würden). Das Hauptaugenmerk soll nach im Juli 2013 getätigten Aussagen von Generalstabschef General Valeri Gerassimow auf Atomwaffen und Luftabwehr liegen.

Im November 2013 bezeichnete Verteidigungsminister General Sergej Schojgu den Terrorismus und die NATO-Osterweiterung wörtlich als die beiden „wichtigsten Sicherheitsherausforderungen“ Russlands. Mit China arbeitet Moskau dagegen eng zusammen. So fanden Anfang Juli 2013 gemeinsame einwöchige Marinemanöver im Japanischen Meer statt. Und selbst im weit von Russland entfernten Lateinamerika zeigte Moskau militärisch „Flagge“: Ende Oktober und Anfang November 2013 flogen strategische Bomber vom Typ Tu-160 „Blackjack“ nach Venezuela und Nicaragua. Beide Staaten gelten als den USA gegenüber ebenso kritisch wie gegenüber Russland als wohlwollend eingestellt.

Im Zentrum des weltpolitischen Interesses standen die Ereignisse in und um Syrien. Dort war es am 21. August 2013 in Siedlungen der Region Ghuta nahe Damaskus offenbar zum Einsatz von Giftgas gekommen, der eine unklare Zahl von Toten (zumindest aber Hunderte) forderte. Die Rebellen machten Präsident Baschar al-Assad's Streitkräfte dafür verantwortlich. Das Regime wies jede Schuld von sich und wurde von Moskau unterstützt, das die Rebellen beschuldigte, das Gas verwendet zu haben. Das offizielle Moskau ließ verlautbaren, dass westliche Länder nach einem Vorwand für eine militärische Intervention gegen Assad suchten und daher ständig angebliche Einsätze von chemischen Waffen durch Damaskus thematisieren würden. Einige Tage lang sah es so aus, als stünde ein Militäreinsatz der USA

(mit möglicher französischer Beteiligung) gegen Assads Militär unmittelbar bevor; Moskau sprach sich klar dagegen aus und warnte vor einer Verletzung des Völkerrechts, da der UNO-Sicherheitsrat eine solche Militäraktion nicht autorisiert hätte und (wegen des russischen Vetorechts) auch nicht autorisieren würde. Dann erklärte sich Assad bereit, auf sein Chemiewaffenarsenal zu verzichten. Am 27. September 2013 wurde eine Einigung der fünf Vetomächte des UNO-Sicherheitsrates über eine Syrien-Resolution des UNO-Sicherheitsrates bekanntgegeben, den „Spiegel Online“ als „Kompromiss“ bezeichnete, der „Russlands Wünschen weitgehend Rechnung trägt.“ In dem Dokument fand sich kein Automatismus für Sanktionen oder einen internationalen Militäreinsatz gegen Assad, wie das die USA anfangs gefordert hatten. Stattdessen sah es vor, dass der UNO-Sicherheitsrat im Falle der Nichtbefolgung der Vorgaben zur Chemiewaffen-Abrüstung Syriens erneut zu Beratungen zusammentreten müsste, wobei Russland immer die Möglichkeit hätte, ein Veto einzulegen. – Die syrische Opposition äußerte sich skeptisch bis ablehnend zu dieser Entwicklung. Russland hat sich tatsächlich vorerst durchgesetzt: Es konnte einen US-Militärschlag gegen Assads Militär verhindern und ihm weitere Zeit zur Niederrichtung der bewaffneten Opposition verschaffen.

Edward Snowden, ehemals Mitarbeiter einer dem US-Nachrichtendienst NSA zuarbeitenden Firma, war am 20. Mai 2013 von Hawaii in das chinesische Hongkong geflogen und am 23. Juni weiter nach Moskau gereist. Dort erhielt er (am 1. August) Asyl. Die USA verlangten seine Auslieferung, doch dem kam Moskau nicht nach. Von Russland aus gab Snowden zahlreiche Informationen über angebliche oder tatsächliche Aktivitäten der NSA an Medien weiter. Russlands Vizepremier Dmitrij Rogozin, ein nationalistischer Hardliner, versuchte, den „Wert“ Snowdens für Moskau zu relativieren: Dieser habe, so wurde Rogozin von der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti zitiert, „vom Standpunkt der Sicherheit Russlands [...] keine neuen Probleme aufgedeckt.“ Snowden habe lediglich „das enthüllt, was wir schon lange wissen“. Jedenfalls lösten Snowdens Mitteilungen erhebliche Irritationen in den Beziehungen zwischen den USA und zahlreichen Staaten der Welt (viele darunter in Westeuropa) aus, von denen der Kreml politisch zu profitieren hofft.

Der bekannte Fernsehjournalist Jewgenij Kiseljow (der 2008 nach Kiew übersiedelt war, um, wie er erklärte, der russischen Zensur zu entgehen) zog im Dezember folgendes Fazit der Beziehungen zu den USA aus der Sicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin: 1) Snowden erhielt gegen den Willen der US-Behörden Asyl; 2) eine Militäraktion der USA und anderer westlicher Mächte gegen das Assad-Regime wurde verhindert; 3) der enge russische Verbündete Armenien lehnte die ursprünglich angestrebte EU-Assoziation ab und wird der von Moskau forcierten Zollunion in der GUS beitreten; 4) das einflussreiche „Forbes Magazine“ ernannte Putin (und damit nicht US-Präsident Barack Obama) zum einflussreichsten Politiker der Welt; und 5) der ukrainische Präsident Viktor Janukowytsch wandte sich gegen eine Assoziation mit der EU und näherte sich stattdessen wieder stark an den Kreml an. – Damit führe Russland gegen die USA, so folgerte Kiseljow, „mit fünf zu Null. Wenn das ein Fußballspiel wäre, wäre das ein totales [amerikanisches] Debakel.“

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Grundsätzlich wird Putin seine bisher angewandte Strategie des Umganges mit westlichen Staaten nicht ändern, hat sie ihm doch nach nicht nur in Russland verbreiteter Auffassung große (geo)politische Erfolge gebracht.

Auch die offizielle russische Sichtweise des Konflikts in Syrien, wonach Assad sein Land gegen Terroristen verteidige, wird sich nicht wandeln. Moskau sieht zudem keinen Anlass, auf Lieferungen von Waffen, Treibstoffen und sonstigen kriegswichtigen Gütern an das Regime zu verzichten – v.a. mit dem Hinweis, dass das von keinem Embargo des UNO-Sicherheitsrates untersagt werde. Ein solches Embargo wird aber auch (und gerade deswegen) nicht beschlossen werden, weil ihm die Vetomacht Russland im Sicherheitsrat konsequent

nicht zustimmen wird. Umso mehr wird Moskau im Sicherheitsrat einer Resolution, die einen Militäreinsatz westlicher Mächte gegen Assads Regime möglich machen würde, unter keinen Umständen unterstützen. Zudem wird sich Moskau auch weiterhin gegen jede „ausländische Intervention in Syrien“ aussprechen, dabei aber den Einsatz des militärischen Arms der proiranischen libanesischen „Hisbollah“ sowie von iranischen Militärs und Militärberatern auf der Seite Assads nicht als solche betrachten.

Aus Russland gab es bisher keine offiziellen Stellungnahmen, die den Schluss erlauben würden, dass man etwas gegen einen militärischen Sieg Assads im Bürgerkrieg einzuwenden hätte. Ein solcher ist zwangsläufig wahrscheinlicher, wenn westliche Mächte von einem Militärschlag gegen Assads Militärpotenzial abgehalten werden, und darauf werden sich Politik und Diplomatie Russlands auch in der überschaubaren Zukunft konzentrieren.

Eine wichtige „Front“ im ersten Halbjahr 2014 (und möglicherweise darüber hinaus) wird die Abwehr von internationaler Kritik an den Bedingungen der Olympischen Winterspiele im Februar 2014 in der Schwarzmeerstadt Sotschi, die Putin ein persönliches Anliegen sind, sein.

Ukraine

Analyse der letzten 6 Monate

Im Mai 2013 war die Nachricht gekommen, dass die Ukraine Beobachterstaat der von Russland forcierten (bisher aus ihm selbst, Weißrussland und Kasachstan bestehenden) Zollunion wird; gleichzeitig hielt Kiew offiziell an der Unterzeichnung eines mit der EU fertig ausgehandelten auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in der litauischen Hauptstadt Vilnius im November 2013 fest.

Davon versuchte Moskau die Ukraine in der Folge abzubringen, u.a. durch nachdrückliche Hinweise auf massive wirtschaftliche Folgen, Massenarbeitslosigkeit insbesondere in den östlichen und südlichen Gebieten der Ukraine und sogar einen möglichen Zerfall des Landes. Unter diesem Druck knickte die ukrainische Führung unter Präsident Viktor Janukowytsch ein. Am 21. November 2013 wurde der Beschluss der ukrainischen Führung bekannt, die Vorbereitungen für die EU-Assoziierung zu unterbrechen. Janukowytsch bestätigte in einem Telefongespräch mit der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė, dass Moskau gegenüber Kiew zu „wirtschaftlichem Druck und Erpressung“ gegriffen habe, um eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu verhindern.

Die ukrainische Opposition schäumte nach der Absage der Führung an das Assoziationsabkommen, drohte der Regierung mit einem Misstrauensvotum und dem Präsidenten mit der Amtsenthebung. In mehreren Städten, v.a. aber in Kiew demonstrierten Hunderttausende gegen die Politik Janukowytschs. Eine (nach 2004) „zweite Orange Revolution“ war aber stets sehr unwahrscheinlich. Die oppositionellen Fraktionen hatten angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Obersten Rada (Parlament) keine Möglichkeit, die Regierung oder sogar den Präsidenten zu Fall zu bringen; die Janukowytsch-Führung zeigte sich denn auch gänzlich unbeeindruckt. Die EU kritisierte Russland mehrfach wegen des „Drucks“ auf Kiew. Moskau entgegnete mit Vorwürfen an die Adresse Brüssels, sich in die „inneren Angelegenheiten der Ukraine einzumischen“, und Putin glaubte, „Pogrome“ der Opposition in Kiew zu erkennen.

Nach Gesprächen zwischen Janukowytsch und Putin im Kreml am 17. Dezember 2013 wurde bekanntgegeben, dass Russland ukrainische Regierungsanleihen für 15 Mrd. Dollar kaufen würde; und der Preis für russländisches Gas solle von über 400 Dollar pro 1.000 Kubikmeter auf 268,5 Dollar reduziert werden. Moskau kann aber nach Angaben des stellvertretenden russländischen Ministerpräsidenten Igor Schuwalow der Ukraine ihre Schulden jederzeit fällig stellen. Die seriöse Zeitung „Kommersant-Ukraina“ kommentierte am 19. Dezember: „Damit bekommt Moskau ein neues ständig aktives Instrument zum Druck auf Kiew.“

Der EU wurde im Kontext der Vorgänge um die Ukraine Ende 2013 und Anfang 2014 von Moskau eine Herausforderung auf einer Ebene bereitet, auf der sie bisher kaum bewusst operiert hat. Die Hamburger Wochenzeitschrift „Spiegel“ hielt im Jänner 2014 fest: „Brüssel diskutierte mit seinen Juniorpartnern [im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, M.M.] über Stahltarife, Weizenexporte und die Abnahme östlichen Weins – und war bass erstaunt, als es plötzlich um Geopolitik ging.“

Ausblick

Die EU ist sichtlich bestrebt, wegen der – jedenfalls im Vergleich mit anderen Problemen (von den Folgen der Finanzkrise bis zum iranischen Atomprogramm und dem Bürgerkrieg in Syrien) – relativ „unwichtig“ scheinenden Ukraine nicht mit dem wieder selbstbewussten Russland Putins zu „streiten“. Unter anderem deswegen ist auch die Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine derzeit völlig ausgeschlossen.

Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass sich Janukowytsch der starken wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit der Ukraine von Moskau bewusst ist. Diese dürfte es in der überschaubaren Zukunft ausschließen, dass Kiew irgendwelche bedeutende außenpolitische und/oder militärpolitische Schritte unternimmt, die nicht mit dem Kreml abgestimmt sind. Dieser wiederum nutzt die Schwächen der Ukraine zum eigenen geopolitischen und geökonomischen Vorteil aus. Der bekannte russische politische Analytiker Georgij Bowt beschrieb die in Moskau herrschende Stimmung im Herbst 2013 wie folgt: „Even 22 years after the Soviet collapse, Russia's ruling elite still cannot resign itself to the fact that Ukraine is a separate and independent state whose interests differ from Russia's.“

China

Analyse der letzten sechs Monate

Der China-EU Gipfel war von Fragen der Wirtschaft geprägt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman Van Rompuy führten ein sehr freies und länger als geplant dauerndes Gespräch mit Staats- und Parteichef Xi Jinping. Das Thema Menschenrechte blieb ausgespart, wie auch der Handelsstreit um die Solarpanele aus der ersten Jahreshälfte keine Rolle mehr spielte. Beide Seiten kamen überein, Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zu beginnen. Das Handelsvolumen soll bis 2020 von 580 Milliarden USD 2012 auf 1.000 Milliarden USD anwachsen. Die EU ist der größte Exportmarkt Chinas und China (nach den USA) der zweitgrößte Exportmarkt der Union. Gegenseitige Investitionen spielen derzeit kaum eine Rolle. Der chinesische Anteil an ausländischen Investitionen in Europa beträgt nicht einmal 1%, europäische Firmen tätigen 2 bis 4% ihrer Investitionen in China. In zwei bis drei Jahren soll das neue Abkommen eine Erhöhung bringen. China würde auch gerne ein Freihandelsabkommen mit der EU schließen, stößt aber auf europäische Skepsis. Strategischer Hintergrund der chinesischen Ambitionen sind die US-Pläne für die Trans-Pacific-Partnership mit asiatischen Staaten und die Transatlantic Trade and Investment Partnership zwischen EU und USA, die beide keine Beteiligung Chinas vorsehen. Peking befürchtet dadurch wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten. EU-Handelskommissar Karel De Gucht rechnet mit langwierigen Verhandlungen. Nicht allen in der Kommunistischen Partei gefällt das Engagement ausländischer Unternehmen. Manche von ihnen waren in den letzten Monaten teils schwerem Druck ausgesetzt, der von Seiten konservativer Kräfte ausging. Der Pharma-Konzern GlaxoSmithKline musste im dritten Quartal einen Geschäftsrückgang von 61% gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr hinnehmen. Das Unternehmen war Bestechungsvorwürfen ausgesetzt. Starbucks wurde wegen überhöhter Preise, Samsung wegen unzureichender Garantien für die Kunden angegriffen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat auf dem dritten Plenum der 18. Funktionsperiode ein umfassendes Reformpaket für die Wirtschaft beschlossen, mit dem die erfolgreiche Fortsetzung des seit 1978 beschrifteten Reformweges gesichert werden soll. Die Maßnahmen wurden vor dem Hintergrund abnehmenden Wirtschaftswachstums verkündet. 2013 legte die Wirtschaft 7,7% zu, genauso viel wie im Jahr davor; die niedrigste Rate seit 1999. Das sind die offiziellen Zahlen. Finanzfachleute rechnen, dass die tatsächlichen Werte wesentlich niedriger sind, manche sprechen sogar von Stagnation.

Die Kräfte des Marktes sollen eine „entscheidende Rolle“ bei der Neugestaltung spielen. Um das zu erreichen, sind Veränderung bei den großen Staatsbetrieben, aber auch ein umfassendes soziales Sicherungssystem nötig. Mehr Menschen sollen in die Städte ziehen und durch diesen Strukturwandel der Inlandskonsum und der Dienstleistungssektor angekurbelt werden. Dazu muss die Sozialversorgung, die Chinesen bislang nur an ihrem Heimatwohntort zusteht, vom jeweiligen Aufenthaltsort unabhängig erfolgen. Der Staatssektor soll effizienter und wettbewerbsfähiger werden. Damit soll mehr privates Kapital in diesen Bereich fließen und das wirtschaftliche Handeln stärker auf Wettbewerb ausgerichtet werden. Insgesamt geht es aber nicht um Privatisierung oder eine Rücknahme von staatlichem Einfluss, sondern um höhere Profite der Staatsbetriebe. Auf längere Sicht soll auch der Yuan konvertibel werden, Sparzinsen freigegeben und mehr Privatbanken zugelassen werden.

China hat ein wachsendes Problem der staatlichen und privaten Verschuldung, die bei über 200% des BIP liegt. Mit den Krediten finanziert der Staat das Wirtschaftswachstum – mit sinkendem Erfolg. Viel Geld floss in die Bauwirtschaft. Nun besteht das Risiko einer Immobilien-Blase, die zu platzen droht. Eine Umstellung auf konsumbasiertes Wachstum wird Probleme aufgrund sinkenden BIPs verursachen. Ein spezieller Aspekt ist die Verschuldung der Provinzen und Kommunen. Mit fast einem Drittel Anteil am BIP ist dieser Schuldenstand viel zu hoch und die Regierung muss eine Lösung für dieses Problem finden. Der Schuldenberg hat im Juni und Dezember 2013 zu Liquiditätsproblemen geführt, die in einen drastischen Anstieg der Zinsen der Kredite von Bank zu Bank mündeten. Die Zentralbank musste daraufhin Geld zur Verfügung stellen. Wie heikel die Lage war, zeigten behördliche Anweisungen an die Medien, über das Problem nur zurückhaltend zu berichten. Die tiefer liegende Ursache ist, dass die Banken kaum Kredite an den Mittelstand vergeben. Dieser weicht zu Schattenbanken aus, die kurzfristige und kaum regulierte Anleihen anbieten. Auf Umwegen sind auch die Banken an diesen Geschäften beteiligt. Der Markt wurde dadurch äußerst unübersichtlich und Versuche, die Verhältnisse zu ordnen, können rasch zu Problemen führen.

Eine wesentliche Neuerung gibt es auf dem Sicherheitssektor. In China wird nunmehr auch ein Nationaler Sicherheitsrat, wie in anderen Staaten üblich, eingerichtet. Dieser soll auf Ebene des Ständigen Komitees des Politbüros die Sicherheitsagenden beim Staatspräsidenten bzw. Generalsekretär der Partei zentralisieren. Dass Japan ebenfalls eine solche Institution im gleichen Zeitraum gegründet hat, ist kein Zufall. Aufgrund der ständigen Spannungen in Ostasien sind außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen in erster Linie Chefsache und rasche Reaktionen erforderlich.

Eine weitere tiefgreifende Entscheidung des Zentralkomitees war die Lockerung der Ein-Kind-Politik. In Zukunft können Partner, von denen einer ein Einzelkind ist, zwei Kinder bekommen. Eine weitergehende Lockerung wurde aus Furcht vor einem Babyboom nicht zugelassen, wobei ein solcher Effekt aufgrund der niedrigen Geburtsrate in China von 1,08 Kindern pro Frau nicht sehr wahrscheinlich ist. Mit der Freigabe soll der Prozess der Überalterung der chinesischen Gesellschaft gestoppt werden, die durch die Abnahme der Chinesen im arbeitsfähigen Alter wirtschaftlich negative Folgen hat.

Im Bereich Bürger- und Menschenrechte gibt es kaum Reformen. Die wichtigste war die Abschaffung der „Umerziehungslager“ (laojiao). Diese Arbeitslager dienen der Inhaftierung von Kleinkriminellen, aber auch Leuten mit unerwünschten oder von der Parteilinie

abweichenden Ansichten. Mit einem freieren Meinungsklima hat dies nichts zu tun. Kritischen Äußerungen im Internet wird zunehmend ein Riegel vorgeschoben. Stellt jemand „Gerüchte“ ins Netz, die mehr als 500-mal weitergesendet werden oder 5.000-mal angesehen werden, muss er mit bis zu drei Jahren Haft rechnen. Mit Repressalien reagiert der Staat auch auf die Organisation von Bürgerprotest. Der Anwalt Xu Zhiyong, der Aktivisten vernetzt hatte, wurde verhaftet. Ein ständiger Unruheherd bleibt die autonome Region Xinjiang, wo die moslemischen Uiguren eine starke Minderheit bilden. Mehrfach wurden Attacken von uigurischen Separatisten, die Todesopfer forderten, gemeldet. Markant war ein Anschlag in Peking, wo ein Auto in eine Menschenmenge am Tiananmen-Platz gesteuert wurde. Der Wagen ging in Flammen auf, zwei Passanten starben. Die Polizei sprach von einem Terrorangriff. Oppositionsgruppen werfen den Behörden vor, auch von „Terrorangriffen“ zu sprechen, wenn es sich nur um Proteste handelt.

Die Spannungen zwischen China und Japan im Konflikt um die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch) haben seit November deutlich zugenommen. China definierte eine „Luftverteidigungsidentifikationszone“ (air defence identification zone), in der Flugzeuge nur nach vorhergehender Meldung an die chinesische Behörden fliegen dürfen. Fliegen sie ohne Identifizierung, müssen sie mit „Notfallmaßnahmen zur Verteidigung“ von chinesischer Seite rechnen. Das Gebiet ist an sich internationaler Luftraum, die Luftsicherheitszone dient dazu, das Eindringen von unerwünschten Luftfahrzeugen in den hoheitlichen Luftraum rechtzeitig zu verhindern. Chinas Nachbarn Japan und Südkorea verfügen wie die USA (und andere Staaten) ebenfalls über eine solche Zone, drohen aber nicht mit Verteidigungsmaßnahmen. Japan, die USA und Südkorea haben in Peking Protest gegen die Zone eingelegt.

Von japanischer Seite wird die Zone ignoriert. Die USA schlugen einen vorsichtigeren Kurs ein, um das Verhältnis mit Peking nicht mehr als nötig zu belasten. Gleichzeitig mussten sie Japan, mit dem ein Verteidigungsbündnis besteht, entsprechende Rückendeckung geben. Zwei B-52-Bomber wurden in die chinesische Luftverteidigungszone entsandt, ohne eine Meldung an China abzugeben. Die Reaktion von China fiel verhalten aus. Es wurde lediglich bekannt gegeben, dass der Flug registriert worden sei. In China gibt es durchaus Kreise, die in einem solchen Fall für schärfere Reaktionen plädieren. Die chinesische Führung war aber darauf bedacht, es zu diesem Zeitpunkt und aus diesem Anlass nicht zu einer Konfrontation mit den USA kommen zu lassen. In den chinesischen Medien wurde die Machtdemonstration der USA daher auch nicht hochgespielt, um nicht eine Welle nationalistischer Empörung auszulösen.

Für Japan besonders problematisch ist der Umstand, dass der Luftraum über den Senkaku/Diaoyu-Inseln, die von Japan kontrolliert werden, zur chinesischen Luftsicherheitszone zählt. Washington wollte sich von Tokio nicht zur Forderung nach Aufhebung der Zone hinreißen lassen, um die Beziehungen zu China nicht zu sehr zu belasten, und beließ es bei Kritik an der chinesischen Maßnahme. Japan spricht von einem Verstoß gegen die Freiheit der Luftfahrt und verlangt von China die Aufhebung.

Der Grund für die Proteste ist, dass durch die Zone die Gefahr eines militärischen Zwischenfalls steigt. Durch die Überlappung der Zonen von China, Japan und Südkorea besteht das ständige Risiko, dass Flugzeuge der betroffenen Luftstreitkräfte aufeinandertreffen. China sieht sich mit der Einrichtung der Zone im Recht und erinnert, dass andere Staaten auch Luftsicherheitszonen errichtet hätten und dass China Hoheitsrechte über von ihm beanspruchte Gebiete strittig gemacht würden.

Ausblick

Außenpolitisch will Peking 2014 die Rahmenbedingungen der Verhältnisse zu den großen Staaten auf neue Grundlagen stellen. Ein „neuer Typ von Beziehungen“ wird zu den USA angestrebt, die Zusammenarbeit mit Russland soll erweitert werden. Mit der EU will Peking an Strategien zur Entwicklung des Verhältnisses arbeiten. Die Nachbarstaaten Chinas sollen

näher an China rücken und mit ihm eine „Schicksalsgemeinschaft“ bilden. Mit Afrika, Lateinamerika und den arabischen Staaten will Peking noch stärkere Kooperation. Ganz allgemein geht es Peking darum, zu verhindern, dass der Aufstieg Chinas zu Konflikten mit den etablierten Mächten führt. Angesichts der Spannungen mit einer Vielzahl an Nachbarstaaten ist diese Aufgabe herausfordernd.

Wirtschaftspolitisch wird wesentlich sein, wieweit es gelingt, Wirtschaftsreformen und Wachstum miteinander zu verbinden. Manche Fachleute meinen, dass die Eindämmung der Schulden und Änderungen bei den Staatsbetrieben letztlich die Wirtschaft bremsen würden. Bis jetzt sei durch moderate Änderungen das Wachstum erhalten worden. Andere Ökonomen sehen das Wachstum durch die neue Wirtschaftspolitik nicht gefährdet. Xi Jinping mahnte in seiner Neujahrsansprache zu weiteren Reformen, um China „reich und stark“ zu machen.

Indien

Analyse der letzten sechs Monate

Die vergangenen Monate waren bereits von den bevorstehenden Parlamentswahlen geprägt, die spätestens im Mai stattfinden werden. Für die Kongress-Partei, die mit Manmohan Singh den Premierminister in der von ihr geführten Koalition stellt, ist ein erneuter Wahlerfolg höchst ungewiss. Mit populären Maßnahmen versucht sie die Bevölkerung auf ihrer Seite zu halten. Trotz des Wirtschaftswachstums ist Unterernährung nach wie vor ein Problem. Die Regierung hat beschlossen, 21 Milliarden USD in ein Lebensmittelprogramm zu investieren, das die Getreideversorgung von 70% der Inder zu 10% des Marktpreises ermöglicht. Dieser Betrag bildet eine große Belastung für das indische Budget. Kritiker sprechen von populistischem Stimmenkauf. Nicht mangelnde Getreideversorgung sei das Problem, sondern hohe Preise für Milchprodukte, Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse. Hygieneprobleme führen besonders bei Kindern zu Durchfallerkrankungen, die aufgrund der dadurch ausgelösten ungenügenden Verwertung der Nahrung zu Unternährung führen. Ein weiteres Problem ist die Lebensmittelverteilung an sich, die unter Ineffizienz und Korruption leidet.

Zum Spitzenkandidaten der Hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), der größten Oppositionspartei, wurde der Regierungschef des Bundesstaates Gujarat, Narendra Modi, gekürt. Der größte Kritikpunkt an Modi ist seine Verwicklung in die Unruhen in Gujarat im Jahr 2002, als bis zu 2.000 Moslems von aufgebrachtten Hindus getötet worden waren. Was, besonders in den Augen der Geschäftswelt, für Modi spricht, ist seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Gujarat. Bei vielen genießt er hohe Popularität; eine Zeitung schrieb im „rock star appeal“ zu.

Konflikte zwischen Hindus und Moslems sind in Indien eine innenpolitische Konstante. Bei Unruhen zwischen den Religionsgruppen im Bundesstaat Uttar Pradesh starben im September 31 Menschen. Ausgang genommen hatten die Ereignisse in einem Dorf, wo im Zuge eines Streites wegen Verbalinjurien gegen eine Frau zwei Hindus und ein Moslem getötet wurden. Daraufhin versammelten sich Tausende hinduistische Bauern, aufrührerische Reden wurden gehalten. Moslems griffen schließlich Hindus an. Die Gewalt griff rasch auf andere Dörfer über. Hunderte Moslems flüchteten daraufhin aus ihren Wohngebieten. Die Armee musste zur Beruhigung der Lage eingesetzt werden. Eine Ausgangssperre wurde verhängt, Schulen und Hochschulen gesperrt. Es wird befürchtet, dass sich im Vorfeld der Wahlen solche Ereignisse häufen könnten. Von Seiten der Kongress-Partei wurden bereits Schuldzuweisungen an die BJP getätigt. Die Polizei nahm Ermittlungen gegen Kongress- und BJP-Politiker wegen Verhetzung auf.

Das Land hat mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Das Wachstum beträgt unter 5% und hat sich innerhalb von zwei Jahren ungefähr halbiert. Das Leistungsbilanzdefizit ist gestiegen und entspricht 5% des BIP. Dazu trägt stark der Ölimport bei; die Importquote beträgt 82%. Die Unternehmen haben hohe Schulden und die Rupie hat stark an Wert

eingebüßt. Manmohan Singh war nicht in der Lage, eine Wende einzuleiten. Ein neues Landgesetz, das Landkäufe für industrielle Zwecke teuer macht, wird in diesem Zusammenhang kritisiert. Die Wirtschaft fürchtet um Investitionen und negative Auswirkungen auf die Entwicklung Indiens, das Infrastrukturprojekte dringend nötig hätte. Für Unternehmer ist es schwierig, Land zu bekommen, umgekehrt beschwerten sich Landbesitzer, dass sie bei Verkäufen nicht genug bezahlt bekommen.

Auf Initiative der Kongress-Partei wurde die Gründung eines neuen indischen Bundesstaates in die Wege geleitet: Telangana mit der Hauptstadt Hyderabad. Der Staat entsteht durch die Teilung von Andhra Pradesh. Schon 1956 war die Vereinigung von Telangana und Andhra nicht unumstritten gewesen und die Forderung nach Trennung wird seit Jahrzehnten erhoben. Die Kongress-Partei erhofft sich dadurch Stimmen bei den Wahlen. Der Beschluss über die Neugründung und die bevorstehenden Wahlen haben auch andere Separatisten die Stimmen erheben lassen. So wurde die Forderung nach der Vierteilung des größten Bundesstaates, Uttar Pradesh, erhoben. Die Gorkha (oder Gurkha) wollen in Nordindien einen Staat Gorkhaland, der aus Westbengalen herausgelöst werden soll – dort befindet sich das bekannte Teeanbaugebiet von Darjeeling. Die Gorkhas haben Protestaktionen durchgeführt, um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Die BJP will eine Kommission zur umfassenden staatlichen Neuordnung Indiens aufstellen. Gegner befürchten eine Fragmentierung Indiens.

An der Kontrolllinie zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir („Line of Control“) ist es zu einem Gefecht indischer Kräfte mit aus Pakistan eindringenden Kämpfern gekommen. 12 der Eindringlinge wurden getötet. Extremisten haben beim Versuch, das indische Konsulat im afghanischen Jalalabad anzugreifen, neun Menschen getötet. Die Terroristen wurden bei einer Kontrolle in größerer Entfernung von der Vertretung aufgehalten und gingen sofort zum Angriff über. Alle drei wurden getötet. Indische Einrichtungen sind das Ziel von Taliban bzw. anderen afghanischen Regierungsgegnern, da Präsident Hamid Karzai gute Beziehungen mit Neu-Delhi pflegt. Die Taliban wiederum genießen die Unterstützung von Indiens Erzrivalen Pakistan, wenngleich Pakistan jegliche Verwicklung in anti-indische Gewalttaten von sich weist. Bereits 2008 und 2009 war die indische Botschaft in Kabul Ziel von Anschlägen. Bezeichnend für das tief sitzende Misstrauen zwischen Indien und Pakistan ist die in Pakistan vielfach erhobene Behauptung, dass Indien Dutzende (!) Konsulate nahe der afghanisch-indischen Grenze errichtet haben soll. Indien und Afghanistan geben an, dass Indien vier Konsulate in Pakistan unterhält; genauso viele wie Pakistan.

Im August ist es auch zwischen den Streitkräften von Indien und Pakistan wieder zu Konfrontationen entlang der „Line of Control“ gekommen. Seit 2003 gibt es einen Waffenstillstand an der „Line of Control“, der im Wesentlichen eingehalten wurde. Indien beschuldigte Pakistan, dass fünf indische Soldaten bei einem Angriff auf einen Posten getötet worden seien. Pakistan bestritt, dass es überhaupt ein solches Feuergefecht gegeben habe. In Indien brach ein Streit darüber aus, wen die Verantwortung für den Angriff trafe. Die ersten Stellungnahmen der indischen Streitkräfte bezeichneten pakistanische Soldaten als Angreifer. Verteidigungsminister A.K. Antony sagte später vor dem Parlament, dass Terroristen gemeinsam mit „persons dressed in Pakistan Army uniforms“ geschossen hätten. Die BJP beschuldigte daraufhin den Minister, dass er bewusst die pakistanische Armee nicht für den Zwischenfall habe verantwortlich machen wollen. Von ihrer Seite wurde auch eine militärische Antwort verlangt. Einen Tag später erklärte Pakistan, dass indische Truppen zwei pakistanische Soldaten verletzt hätten. Indien stellte dies als Folge der Erwidern eines pakistanischen Feuerüberfalls dar. Ein Treffen der Regierungschefs von Indien und Pakistan in New York war vermutlich Anlass für eine Attacke auf eine indische Polizeistation und ein Armeelager in Kaschmir, bei der 12 Menschen starben.

Indien hat seinen ersten Flugzeugträger aus eigener Produktion, die INS Vikrant, erstmals zu Wasser gelassen. Die nächsten Schritte sind der Einbau des Antriebssystems und die Installation der Waffensysteme. 2016 sollen die ersten umfassenden Tests durchgeführt

werden, die Indienststellung ist für 2018 geplant. 1.450 Seeleute stark wird die Besatzung sein; 30 Flugzeuge und Hubschrauber (MiG 29-K, Tejas Mark 2, Kamov Ka-31-Hubschrauber) können darauf stationiert werden. Technisch wird das Schiff dem Stand der 1980er-Jahre entsprechen. Bereits fertig zur Erprobung ist die INS Arihant, das erste indische Atom-U-Boot. Auf ihm sollen zunächst nuklear bestückte Kurzstreckenraketen K-15 (Reichweite 700 km) zum Einsatz kommen. Zusätzlich erhielt Indien von Russland den noch aus der Zeit der Sowjetunion stammenden Flugzeugträger Admiral Gorshkov, nunmehr IMS Vikramaditya. Das Schiff wurde modernisiert und kann 30 MiG-29K tragen. Indiens dritter Flugzeugträger, die IMS Viraat, hat das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht. Mit den Neubeschaffungen kann Indien seine Position zur See klar verbessern.

Ausblick

Die Parlamentswahl wird auch eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte. Bereits im Oktober starben fünf Menschen bei Bombenanschlägen gegen eine BJP-Wahlkundgebung. Meinungsumfragen sehen gute Chancen für einen Sieg der BJP. Ihr Kandidat, der charismatische, aber auch polarisierende Narendra Modi, beherrscht die öffentliche Debatte. Für die Kongress-Partei ist es eine schwierige Wahl. Das Land hat wirtschaftliche Probleme, Manmohan Singh steht mit 81 Jahren nicht mehr als Regierungschef zur Verfügung. An der Spitze der Wahlbewegung wird die Zukunftshoffnung der Partei, Rahul Gandhi, Sohn von Parteichefin Sonia Gandhi und Enkel von Indira Gandhi bzw. Großvater von Staatsgründer Nehru, stehen. Der Sieg der BJP bei Regionalwahlen verschaffte Modi zusätzlichen Auftrieb und brachte der Kongress-Partei teils herbe Niederlagen. In Delhi erlitt letztere einen dramatischen Einbruch; dort wird nunmehr die BJP den Regierungschef stellen. Für einen Sieg der BJP bei den Parlamentswahlen muss Modi auch in anderen Staaten Indiens überzeugen; der Posten des Premierministers ist keineswegs schon gesichert. Markant war der Erfolg der Aam Aadami (einfache Leute) Party, die unter dem für den Kampf gegen die Korruption stehenden Symbol des Besens nur ein Jahr nach der Gründung in der Hauptstadt auf Platz zwei kam. Für kleinere bzw. regional verankerte Parteien ist ein großer Stimmanteil bei den Wahlen zu erwarten.

Brasilien

Analyse der letzten 6 Monate

National kam es beim *Confederation Cup* zu Protesten mit ca. 1 Mio Demonstranten. Grund war die Unzufriedenheit über gestiegene Preise im öffentlichen Verkehr sowie Defizite im Sozialbereich. Die zunehmende Skepsis richtete sich nicht gegen die WM an sich – zählt doch Fußball neben *Telenovelas* zur brasilianischen Identität –, sondern gegen die Art und Weise ihrer Organisation sowie Abwicklung. Die Unfälle im Stadionbau brachten massive Kritik. Doch am Ende wurde die Organisation von der FIFA gelobt.

Bei Gefängnisrevolten in hoffnungslos überbelegten Anstalten kam es zu Folter, Mord, Vergewaltigungen und Bandenkriegen mit insgesamt 59 Toten. Das Ansehen der Polizei sank angesichts dieser und anderer Übergriffe (1890 Tote 2013). Im Gegensatz dazu stieg das Ansehen des Militärs, welches national zum Schutz der indigenen Bevölkerung sowie der Amazonasressourcen aber auch international (multinationale Übungen wie CRUZEX FLIGHT 2013, MINUSTAH, ua.) verstärkt agiert. Im Zuge der NSA Spionageaffäre gegen die Präsidentin sowie brasilianische Firmen wie PETROBRAS sagte Rouseff ihren USA Besuch ab und erwirkte eine Verurteilung dieser in der VNGV. Die Streitkräfte erhielten infolge als neuen Auftrag: Datensicherheit. Erste Projekte, wie die Beschaffung eigener Kommunikationssatelliten sowie neue Unterseekabel nach Afrika und Europa, wurden eingeleitet. Neue Rüstungsprojekte mit Russland, Türkei, Indien, Israel und Schweden zielen in dieselbe Richtung sowie auf Technologietransfer. Die NSA-Affäre könnte auch

Auswirkungen auf die Entscheidung für den Ankauf von 36 SAAB Gripen und gegen die Boeing F-18 der USA gehabt haben. Interessant ist dabei allerdings, dass brasilianische Nachrichtendienste während der Diktatur aber auch 2003 Staatsangehörige aus dem Iran, Irak, Russland und den USA überwachten. Eskalationspotential hätte hier ein mögliches Asylverfahren Snowdens in Brasilien.

Der Sozialbereich weist – obwohl im Fokus Rousseffs – weiterhin Nachholbedarf auf. An Maßnahmen wurde der Mindestlohn auf 724 Real(R) angehoben. Arbeitslosigkeit und Inflation konnten mit je ca. 6% stabil gehalten werden. Der GINI Index sank 2013 auf 0,507. Haushalte gaben an, 8% mehr Einkommen zu beziehen (74% davon durch Gehaltserhöhung). Wirtschaftlich ergab der Wertverfall des Real zum USD 2013 mit 2,4R ein Minus von 17%. Die Staatsverschuldung (netto inklusive Betriebe) liegt bei 38% BIP – dem gegenüber stehen Währungsreserven von 373 Mrd. USD. Die Exporte entfielen zu ca. 30% auf Asien, 20% EU, 11% Lateinamerika, 11% MERCOSUR, 10% USA sowie 18% diverse Länder. Die Wettbewerbsfähigkeit Brasiliens (weltweit Platz 48) sank bedingt durch Bürokratie bei Unternehmensgründungen, Korruption sowie überhöhte Transport- bzw. Produktionskosten. Weitere Erdölfunde (Weltölreserven Brasiliens Anteil stieg von 0,9% auf 4,8%) bringen Brasilien auf Platz 8. Brasilien hat seine IWF-Schulden getilgt und im Gegenzug Unterstützungen für den Euroraum angekündigt. Überlegt werden aktuell Privatisierungen von verstaatlichten Betrieben wie PETROBRAS bzw. Öffentlicher Infrastruktur. Betriebsmittel sind im letzten Jahr um 15% bei Benzin bzw. 22% bei Diesel angestiegen. Brasiliens Automarkt (weltweit Platz 4) legte 2013 um 10% zu, wobei ausländischen Autobauern Steuervorteile für Produktionen vor Ort gewährt werden. Trotz Ernteausfällen lag die Getreideernte mit 188,2 Mio. Tonnen um 16,9% höher als 2012.

Im Umweltbereich wurden 2013 5843 km² Regenwald abgeholzt (Vergleich zu 2012: +28%) - bis dato wurden insgesamt 20% zerstört mit Wetterveränderungen als Folge. Demgegenüber stehen 850 staatliche und 700 private Schutzgebiete (14% Territorium).

Im Energiebereich (Mehrverbrauch 2013 +3,3%) versucht Brasilien einzusparen bzw. vermehrt erneuerbare Energien (2013: 130MW) zu fördern. Dabei können weitere Teuerungen erneute Proteste auslösen. Die Ethanolnachfrage stieg um 24%, und die Gewinne von Petrobras (2013: 77% infolge höherer Spritpreise) führten zu Protesten. Wegen mangelnder Infrastruktur und Verfügbarkeit an Pipelines wurden nur für 1/3 der 240 Felder Bohrlizenzgebote erteilt. Mit dem neuen Bergbaugesetz nahm Rousseff weitere Ökoschäden durch den 1,5 Mrd to Erzabbau pro Jahr (23,5% der Gesamtexporte) gegen eine Verdoppelung der Abgabequoten in Kauf. Die Transporte auf der Straße liegen in Brasilien bei 58% (USA nur 32%), weshalb der Ausbau der Schiene (11.000km um 40 Mrd €) in Auftrag gegeben wurde.

International machte die Realisierung der BRICS Entwicklungsbank mit 100 Mrd USD (China 41, Brasilien, Russland, Indien je 18 und Südafrika 5 Mrd USD) Furore, wobei die entscheidenden Details beim kommenden BRICS-Gipfel noch zu definieren sind. Brasilianische Entwicklungsbanken haben seit 2008 jährlich ca. 50% mehr Kredite vergeben. Als politische Ziele verfolgte Brasilien weiter die Reform des Internationalen Systems einschließlich Mitbestimmung in Internationalen Organisationen (VNSR Sitz, u.a.) und Anerkennung als Großmacht durch die P5, Erfolg über Infrastruktur- und Sozialprojekte, Schutz seiner Ressourcen und den Ausbau des Binnenmarktes.

Ausblick

Im April 2014 steht das 50-jährige Gedenken an den Militärputsch bevor, welches Rousseff als ehemalige Widerstandskämpferin begehen wird. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober wird Rousseff gegen Eduardo Campos und Aécio Neves antreten. Ihre Beliebtheitswerte (im März 2013 noch bei 79%) sanken bis Jahresmitte auf 31%, wobei aktuell ihre Wiederwahl dank ihrer Persönlichkeit nicht gefährdet scheint. Die Wähler werden

angesichts möglicher Verteuerungen bei öffentlichem Verkehr und Energie auf eine sozial gerechte und transparente Umverteilung der Erdöleinkünfte achten. Der endgültige Ausgang des Mensalao-Korruptionsprozesses (bereits 16 von 25 Angeklagten inhaftiert) wird weiterhin beobachtet. Rousseff wird auch an ihrer Wirtschafts- und Ökopolitik gemessen werden, wo die Zeichen eher auf Sturm als auf nachhaltige Entspannung stehen.

Im Wirtschaftsbereich droht Brasilien ein Verlust seines Ratings (A- bzw. BBB). Als Wachstum für 2014 werden 2,1%-2,5% angegeben, bei gleichzeitiger Kapitalflucht von ca. 9 Mrd. €. Die Versteigerung von Bohrlizenzen soll 2014 ca. 70 Mrd. € bringen. 2014 müssen umfangreiche Infrastrukturinvestitionen erfolgen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, inklusive höhere Investitionen in Forschung, neue Technologien und Umwelt, liegen an. Die Abwertung des Reals, Zinssenkungen, Minimierung von Bürokratie sowie Schuldendienstleistungen werden erwartet. Brasilianischen Firmen wurde eingeräumt, in Übersee erzielte Gewinne erst nach 7 Jahren versteuern zu müssen. Die Absolute Armut soll 2014 beseitigt sein. Dazu sollen Infrastrukturprojekte in Form von Kindergärten und Krankenhäusern mit 4000 Ärzten aus Kuba, Portugal und Spanien beitragen. Brasilien braucht Investoren, wobei internationale Geber abziehen und Privatinvestoren ausbleiben.

Die Abwicklung und der Ausgang der Fußball WM 2014 (12 Juni bis 13 Juli) mit Kosten von ca. 10 Mrd. € werden Auswirkungen auf die Innenpolitik haben - Tourismuseinnahmen von bis zu 9,2 Mrd. € werden erwartet (38% plus zu 2012). Zur Absicherung werden eine eigene 10.000 Mann starke Riot Police Unit sowie 16.800 Soldaten bereitgestellt.

Regional wird Brasilien weiter gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen sowie Argentinien und Mexiko für den angestrebten VN Sicherheitsratssitzes zu gewinnen versuchen.

International wird Brasilien weiter im Rahmen der Süd-Südkooperation, IBSA, BASIC und BRICS Akzente setzen. Sein Verhältnis zum strategischen Partner EU wird Brasilien von den Verhandlungen EU-MERCOSUR abhängig machen. Die zunehmend schwieriger beizulegenden Probleme mit der EU ergeben sich aus Differenzen in Handels-, Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie mit den MERCOSUR Mitgliedern Venezuela und bald Bolivien. Erstere wurden verschärft durch das Einbringen einer Klage der EU gegen Brasilien bei der WTO. Hinsichtlich des angestrebten Sozialstaatsmodells liegt Brasilien der EU allerdings näher als den USA. Brasilien wird weiter nach nationalen Interessen agieren.

Südafrika

Rückblick auf die letzten 6 Monate

Südafrika steht um die Jahreswende 2013/14 in doppelter Weise unter dem Eindruck der Erinnerung an die ersten freien Wahlen für die gesamte Bevölkerung und den folgenden Machtwechsel vor 20 Jahren, im April 1994: Daran erinnerte einerseits der Tod des charismatischen Präsidenten Nelson Mandela am 5. Dezember 2013, während andererseits 2014 wieder Parlamentswahlen stattfinden. Mandela mutierte innerhalb kurzer Zeit vom politischen Gefangenen zum Hoffnungsträger der Nation; 1993 erhielt er zusammen mit dem damaligen Präsidenten F.W. de Klerk (geb. 1936) den Friedensnobelpreis. Dass der politische Wandel so reibungslos und friedlich vonstattenging, ist nicht zuletzt ihm zu verdanken. Die Verabschiedungsfeierlichkeiten Mandelas im Dezember 2013 wurden besonders ausgiebig zelebriert, wohl nicht zuletzt auch, um so ein Maximum an Sympathien für die gegenwärtige Regierung im Hinblick auf die Wahlen 2014 zu gerieren.

2014 steht natürlich im Zeichen des 20-jährigen Jubiläums der Wahlen von 1994. Die Wahlen 2014 gelten als ein neuerlicher Erfolg der de-facto-Einheitspartei African National Congress (ANC) und damit eine Fortsetzung der gegenwärtigen Regierung unter Präsident Jacob Zuma (1942 in Natal geboren) als sicher. Zuma stellte in mehrfacher Hinsicht einen Bruch zur bisherigen ANC-Führung dar: er ist Zulu und stammt aus bescheidenen Verhältnissen, hatte

keine formale Schulbildung, während seine beiden Vorgänger – Nelson Rolihlahla Mandela (1918-2013, Präsident 1994-99) aus dem königlichen Madiba-Clan der Thembu; dann Thabo Mvuyelwa Mbeki (geb. 1942, Präsident 1999-2008) – adeliger Herkunft waren und dem Volk der Xhosa angehörten. Zuma war 2005 wegen Korruptionsvorwürfen als Vizepräsident entlassen worden, doch gelang es ihm, bei der Basis populär, 2008 Präsident Mbeki zu stürzen.

Der ANC hat bei allen Wahlen seit 1994 die absolute Mehrheit erzielt (1994: 62,65%; 1999: 66,35%; 2004: 69,69%). 2009, nach der „unfreundlichen Übernahme“ der Führung durch Zuma, waren es etwas weniger: 65,90% der Stimmen. Die 2000 gegründete liberale Democratic Alliance (DA) erreichte 2009 bereits 16,66% der Stimmen. Sie hat ihre Basis vorwiegend unter der „farbigen“ (die südafrikanischen „Coloureds“ sind Nachkommen der KhoiKhoi und San sowie Mischlinge) und weißen Bevölkerung im Westkap (um Kapstadt), wo sie die absolute Mehrheit erzielte und mit Helen Zille (geb. 1951) auch die Ministerpräsidentin stellt. Als Abspaltung vom ANC erreichte der 2008 gegründete, eher sozialliberal eingestellte Congress of the People (COPE) 2009 auf Anhieb 7,42% der Stimmen. Dies und die Gründung weiterer ANC-Abspaltungen (z.B. Agang und die Economic Freedom Fighters) deutet auf künftige Verschiebungen im Parteienspektrum hin.

Vor allem die politische Einstellung junger Südafrikaner wandelt sich deutlich. 2011 erreichte die oppositionelle DA bei der Neuwahl der Studentenvertretung an der Nelson Mandela Metropolitan Universität in Port Elizabeth erstmals eine knappe Mehrheit; ein Jahr später bereits drei Viertel der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen 2014 werden erstmals die „born-free“, d.h. die nach 1994 Geborenen das Stimmrecht ausüben – eine Generation, die die Ära der „Apartheid“ nur noch aus Erzählungen der Eltern kennt. Dies könnte eine pragmatischere, weniger ideologische Politik begünstigen. Es bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse die Wahlen 2014 bringen bzw. wie die gegenwärtige ANC-Führung damit umgehen wird.

Die Aussicht, dass Präsident Zuma bis 2019 im Amt bleiben wird, steht freilich vorerst für eine Fortsetzung der bisherigen, eher ambivalenten Politik. Wirtschaftliche und soziale Probleme haben das Vertrauen in Südafrikas Zukunft zunehmend untergraben, besonders bei Investoren; man spricht schon von einer „Kleptokratie“. Dazu kommen politische Morde, vor allem in KwaZulu-Natal, der politischen Basis Zumas.

Seit der Regierungsübernahme 1994 führte die „Dreier-Konstellation“ des ANC immer wieder zu Problemen: Der ANC ist eine Partei, weist aber mit dem Gewerkschaftsbund COSATU und der kleinen, aber einflussreichen Kommunistischen Partei wesentliche Verschränkungen auf. Die Chance, legitimiert durch die auf lange Sicht garantierte überwältigende Mehrheit auch unpopuläre Reformen anzugehen, um die weiterhin tristen Lebensumstände großer Teile der Bevölkerung zu verbessern, wurde seit 1994 zu wenig genutzt. Das gemeinsame Ziel, das die ideologisch unterschiedlichen Teile dieses Konglomerates in der „Kampfzeit“ (der Zeit des „struggle“ gegen die verhasste Apartheid, d.h. die Rassentrennung auf allen Ebenen) zusammenschweißte, ist nicht mehr gegeben; an seine Stelle treten zunehmend vernetzte Abhängigkeitsverhältnisse.

Positiv kann die Regierung Zuma – im Gegensatz zur Regierung unter Mbeki vor ihm – immerhin darauf verweisen, dass der Kampf gegen HIV/AIDS (Infektionsrate landesweit etwa 20%) seit 2008 energisch und wirkungsvoll geführt wird. Dazu kommen – weiterhin – bemerkenswerte Leistungen im Wohnungsbau und bei der Errichtung von Wasser-, Strom- und Abwasserdiensten. Dies war in der Zeit der Apartheid eine Schwachstelle gewesen (die aber nicht nur aus der generellen Benachteiligung der nicht-weißen Bevölkerung resultierte, sondern auch bewusst den Zustrom aus ländlichen Gebieten in die „Townships“ der Städte bremsen sollte). Der seit den 1990er Jahren gestiegene Zuzug in die Städte stellt für die kommunalen Dienste eine enorme Belastung dar.

Von den Problemen der Weltwirtschaft in den letzten Jahren blieb Südafrika vergleichsweise verschont. Bank- und Finanzsektor präsentierten sich solider als in zahlreichen westlichen

Industriestaaten. Das Wirtschaftswachstum pendelte zwischen 4,8% (2010) und 0,9% (2013). In der letzten Zeit aber ist Kurs des Rand deutlich gefallen und liegt derzeit bei rund 15,- Rand pro Euro – vor zehn Jahren betrug der Wechselkurs noch ca. 9,- Rand für einen Euro!

Als Problemfelder erwiesen sich die staatlichen Lenkungsmaßnahmen im Wirtschaftssektor und die enge Verquickung der Gewerkschaft COSATU mit der Politik. Diese gilt auch als einer der Auslöser der Streiks bei der Anglo-American gehörenden Platinmine Lonmin in Marikana (früher Rooikoppies) bei Rustenburg 2012. Über die Höhe der Löhne war es schon Anfang 2012 zu Streiks gekommen, worauf Lonmin ein Lohnabkommen ohne Beteiligung der Gewerkschaft verhandelte. Dies löste weitere Proteste aus, die auch auf andere Minen und Bereiche übergriffen. In Marikana kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die rund 50 Tote forderten. Der Polizeieinsatz wurde heftig kritisiert (und gilt als Indiz dafür, dass die Reformen der Polizei seit 1994 suboptimal waren). Im Hintergrund stand aber auch die Rolle der ANC-nahen Bergarbeiter-Gewerkschaft (National Union of Miners, NUM), von der sich viele Arbeiter nicht mehr vertreten fühlten. Die konkurrierende Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) wurde im August 2013 von Lonmin als offizielle Vertretung der Arbeiter anerkannt; zu Jahresende 2013 gehörten ihr 60% der Arbeiter dieser Mine an (verglichen mit 40% im Juli).

Die Vorgänge um Lonmin gelten als symptomatisch für die Krise im südafrikanischen Arbeitsbereich. Innerhalb der COSATU verstärkte die Schwächung der NUM den Einfluss jener Gewerkschaften, die den öffentlichen Dienst vertreten (SADTU für die Lehrer, SAHAWU für das Gesundheitswesen usw.) – Kritiker fürchten hier eine Zunahme der Befürworter staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft. Dabei hat der bisherige staatliche Einfluss (mit „empowerment“-Vorschriften über verpflichtende Quoten nicht-weißer Mitarbeiter in führenden Positionen usw.) die Wirtschaft schon bisher getroffen – in der Phase der Hochkonjunktur von 2000 bis 2008 schrumpfte der Bergbau-Sektor um 1%, während ausländische Konkurrenten um 5% zulegten. Dies, die alarmierende Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen, die zunehmenden sozialen Spannungen und Proteste wegen Mängeln und Fehlleistungen im kommunalen Bereich schaffen ein Klima, das ausländische Investoren verunsichert.

Das mittlere Jahreseinkommen der „schwarzen“ Haushalte betrug 2010/11 R 69.632 und lag damit immer noch deutlich unter dem der „weißen“ (R 387.011). Der Aufstieg vieler nicht-weißer Haushalte in die Mittelschicht schreitet fort, doch verfügen diese über wenig Rücklagen, sind teilweise massiv verschuldet. Die Zahl der Haushalte mit den höchsten Einkommen (über R 2,5 Millionen im Jahr) ist inzwischen zwischen weißen und schwarzen Südafrikanern fast ausgewogen, während am anderen Ende der Skala rund 800.000 Weiße als „verarmt“ gelten und auf den Straßen der großen Städte inzwischen auch weiße Bettler zum Straßenbild gehören.

Die Zahl der Empfänger der Arbeitslosigkeits- und Armut-Beihilfen stieg von 2000 bis 2010 von 3,4 auf 14,9 Millionen und wird bis 2015 rund 17 Millionen betragen (Gesamtbevölkerung: 51,8 Millionen laut Zensus 2011). Diese Ausgaben gehen auf Kosten notwendiger Investitionen in die Infrastruktur. Die Arbeitslosenrate beträgt bis zu 25%, bei Jugendlichen sogar bis zu 50% – die kolportierten Zahlen variieren. Über 40% der Arbeitslosen hatten noch nie einen Arbeitsplatz. Die Zahl der Arbeitsfähigen wächst stärker als jene der Arbeitsplätze, wobei zu den üblichen Faktoren wie Geburtenrate und Landflucht noch die verstärkte Zuwanderung aus afrikanischen Krisengebieten kommt. Der Mangel an Fachkräften wird durch die Probleme im Schulsektor, die sich seit 1994 verstärkt haben, verschärft. Höher gebildete Absolventen streben nach Auswanderung, während für größere Projekte ein Bedarf an ausländischen Fachkräften besteht. Auf 3.166 Einwohner kommt ein diplomierter Ingenieur, verglichen mit 157 in Indien und 227 in Brasilien (Angaben nach Leistner 2013). Ein Beispiel von 2011 zeigt die Lage auf dem Arbeitsmarkt: Eine Dienststelle

der Eisenbahn suchte 30 ungelernete Hilfsarbeiter; sie erwartete 4.000 Bewerber – doch 19.000 erschienen.

Außenpolitisch galt im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einerseits eine verstärkte Hinwendung auf Afrika („afrikanische Renaissance“), andererseits eine „Süd-Süd-Kooperation“ mit Brasilien, die von den beiden Präsidenten (Thabo Mbeki bzw. Lula da Silva) forciert wurde. Mbeki sprach davon, die Außenpolitik „auf zwei Beine zu stellen“, d.h. die bisherige Kooperation mit Europa und den USA durch eine solche innerhalb der südlichen Hemisphäre („Schmetterlings-Strategie“) zu ergänzen. Unter ihren Nachfolgern (Jacob Zuma in Südafrika und Dilma Rousseff in Brasilien) konstatierte Britta Rennkamp allerdings jüngst eine Zurücknahme der außenpolitischen Aktivitäten und eine Hinwendung auf die Innenpolitik.

Mit der Süd-Süd-Kooperation verbunden ist auch die seit 2010/11 formalisierte Zugehörigkeit Südafrika zur BRICS-Kooperation; der fünfte BRICS-Gipfel fand 2013 in Durban (Südafrika) statt. In der eThekweni-Erklärung (27. März 2013) wurden die Einrichtung einer BRICS-Entwicklungsbank (als Gegengewicht zur bisherigen europäisch-US-Dominanz im IWF), eines Contingency-Reserve-Fonds (zu den gesamten 100 Mrd US-\$ steuert China 41 Mrd, Südafrika 5 Mrd und die anderen Staaten je 18 Mrd bei, was auch die relative Wirtschaftskraft der Staaten zeigt), eines Business Council sowie eines Rats für die Zusammenarbeit von Think Tanks der fünf Staaten beschlossen. Mit dem IBSA-Forum besteht überdies seit zehn Jahren eine Plattform zur Forschungs- und Wissenschaftskooperation zwischen Südafrika, Brasilien und Indien. Diese drei Staaten und China kooperieren überdies im BASIC-Rahmen im Bereich der Klimapolitik.

2007/08 und 2011/12 gehörte Südafrika als nichtständiges Mitglied dem UN-Sicherheitsrat an (die Diskussion um einen etwaigen künftigen ständigen „afrikanischen“ Sitz im Sicherheitsrat ist inzwischen wieder abgeebbt). In der Sicherheitspolitik setzte Südafrika die Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen in Afrika fort, sowohl im Rahmen der UNO wie der Afrikanischen Union (AU). Dieses Element der Außenpolitik (als „a leader of the continent“) wird in der Defence Review von 2013 bestätigt. Gegenwärtig stellt Südafrika 2.173 Uniformierte (2.092 Soldaten und 20 Militärbeobachter sowie 61 Polizisten) für Operationen der UNO (Rang 6 unter den afrikanischen Staaten bzw. Rang 14 weltweit), dazu kommt die Beteiligung an Operationen der AU. Im Kongo stellt Südafrika einen großen Teil der Interventions-Brigade der UNO (mit Tanzania und Malawi). Als im März 2013 in der Zentralafrikanischen Republik 13 südafrikanische AU-Peacekeeper getötet und 27 verwundet wurden, zog Zuma das Kontingent im April ab.

Zu diesen Einsätzen kommen die Operationen der Marine vor allem im Indischen Ozean, wo es neben der Sicherheit (Piraterie vor dem Horn von Afrika) vor allem um den Schutz der Fischfangs-Interessen geht.

Ausblick

Viele der führenden ANC-Politiker sind noch von der Polarisierung zu Zeiten der Apartheid geprägt und erhielten im Zuge ihrer Ausbildung in der Sowjetunion vor 1994 ein tiefes Misstrauen gegen den kapitalistischen Westen sowie die Überzeugung von der Allheilkraft staatlicher Wirtschaftslenkung vermittelt. Dies entspricht aber immer weniger den Vorstellungen der Mehrheit der schwarzen Bewohner des Landes, die sehr wohl zeitgemäßen Werten verpflichtet sind – was sich auch in den Medien äußert. Das Land verfügt weiter über eine aktive, kritische Presse. Südafrika erwies sich auch in der Vergangenheit fähig, mit Krisen umzugehen und aus ihnen gestärkt hervorzugehen. Daraus resultiert auch weiter ein (vorsichtiger) Optimismus hinsichtlich der Zukunft des Landes.

Europäische Union

Analyse der letzten 6 Monate

Am 1. Juli 2013 übernahm Litauen von Irland die EU-Präsidentschaft. Deren bestimmende Themen waren die Bankenunion, EU-Erweiterungen und die Östliche Partnerschaft. Am 5. November 2013 wurde die Öffnung eines neuen Kapitels mit der Türkei initiiert: Regionalpolitik. Es ist das 14. Kapitel, das für Gespräche geöffnet wurde – von insgesamt 35. Die EU-Außenminister haben weiterhin acht wichtige Kapitel blockiert, da die Türkei ihr Assoziationsabkommen mit der EU nicht auf Zypern anwendet. Beim Gipfel zur Östlichen Nachbarschaft Ende November hatten Moldawien und Georgien Assoziierungsabkommen, die vertiefte und umfassende Freihandelszonen umfassen, mit der EU paraphiert, die bis spätestens August 2014 unterzeichnet werden sollen. Dieser Gipfel von Vilnius hätte das Potenzial gehabt, zum inhaltlichen Höhepunkt der Präsidentschaft zu werden. Durch die Absage der Ukraine bei der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens blieb dieser Erfolg Litauen jedoch verwehrt. Den Euro-Rettungsschirm (ESM) konnte Irland mit 16. Dezember 2013 verlassen – als erstes „Programmland“. Mit 85 Milliarden Euro haben die Europartner und der IWF das hart von der Bankenkrise getroffene Land seit 2010 vor der Pleite bewahrt, davon hatte Irland 67,5 Milliarden Euro an Notkrediten erhalten. Diese müssen zurückgezahlt werden. Nach Reformen und der Sanierung seines Bankensektors finanziert sich Irland mittlerweile wieder voll über den Kapitalmarkt. Gleichzeitig bleiben Irland etliche Baustellen: Die Staatsschulden liegen bei 124 Prozent des BIP, die Arbeitslosigkeit liegt bei 13 Prozent. Die Banken kämen, so der IWF, noch immer zu langsam bei der Lösung des Problems fauler Kredite voran, die hohe Verschuldung der Privathaushalte sei zudem ein Risiko für die finanzielle Stabilität. Anfang 2014 will Spanien den Euro-Rettungsschirm (ESM) verlassen. Spanien hatte von den Europartnern für die Sanierung der Banken 2012 eine Kreditsumme von 100 Milliarden Euro zugesichert bekommen, benötigt davon hatte Spanien 41,2 Milliarden Euro. Anfang Dezember 2013 ging das Grenzüberwachungssystem Eurosur offiziell in Betrieb – vorerst in den 18 an den südlichen und östlichen EU-Außengrenzen gelegenen Mitgliedstaaten sowie in Norwegen, das ebenso Mitglied der Schengenzone ist. Der Rest der EU inklusive Österreich (sowie die Schweiz, Liechtenstein und Island, aber mit Ausnahme der Schengen-Outsider Großbritannien und Irland) soll Eurosur bis Dezember 2014 beitreten. Ziel ist die Vernetzung aller zuständigen Behörden im Rahmen eines Systems, das Austausch und Auswertung von Überwachungsdaten in Echtzeit ermöglichen soll. Im Idealfall sollen die EU-Grenzsicherer über ein Gesamtbild des Geschehens verfügen, das sich aus Lageberichten, Standorten der Grenzpatrouillen, Aufklärungsfotos aus dem Weltall usw. zusammensetzt. Diese Informationen werden in Koordinationszentren gebündelt, von denen aus die (grenzüberschreitende) Bewachung der Grenzen geleitet wird. Die in Warschau angesiedelte EU-Grenzschutzagentur Frontex ist ebenso eingebunden. Die EU-Kommission budgetiert für Aufbau und Betrieb des Systems 244 Millionen Euro bis 2020. Dass Eurosur alles andere als unumstritten ist, hängt mit der Lage an der südlichen EU-Außengrenze zusammen – konkret mit dem Ansturm von afrikanischen Bootsflüchtlingen Richtung Malta und Italien, der am 3. Oktober 2013 fast 400 Todesopfer vor der Küste von Lampedusa gefordert hatte. Eurosur soll laut EU künftig derartige Katastrophen verhindern. An Eurosur wird bereits seit 2008 gearbeitet, Ziel ist die Verhinderung der grenzüberschreitenden Kriminalität und die Verringerung illegaler Grenzübertritte. In den Beitrittsgesprächen mit Montenegro hatte die EU am 18. Dezember 2013 fünf neue Verhandlungskapitel – darunter auch „Judikative und Grundrechte“ sowie „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ – eröffnet. Bis 2018 ist in dem 580 Seiten umfassenden Dokument die Annahme von 1400 Gesetzen und sonstigen Vorschriften geplant, die 33 Kapitel der Beitrittsgespräche betreffen. Schönheitsfehler im „historischen Erfolg“ der serbischen Regierung sind aus Belgrader Sicht weitere an den Kosovo geknüpfte Bedingungen. Nachdem der EU-Ministerrat einstimmig den

Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Serbien 2014 zustimmte (und auch die EU-Staats- und Regierungschefs am 20. Dezember 2013), verkündete Serbiens Ministerpräsident Iвица Dačić (Sozialistische Partei Serbiens): „Die Europäische Union ist nicht mehr nur ein Traum, ein Wahlversprechen – die EU ist heute die Wirklichkeit und Hoffnung“. Die Normalisierung der Beziehungen mit dem Kosovo war nicht nur die Voraussetzung für den Durchbruch, sie wird auch maßgebend das Tempo der Verhandlungen bestimmen. Eine diesbezügliche Stagnation würde auch die Stagnation im EU-Verhandlungsprozess bedeuten. Der für Serbien festgesetzte Verhandlungsrahmen sieht auch vor, dass die künftige Gesetzesregelung in Belgrad geografisch auf Serbien eingeschränkt werden muss, obwohl Serbien formal den unabhängigen Kosovo nach wie vor als Bestandteil des eigenen Territoriums betrachtet. Ebenso darf die serbische Gesetzgebung im Prozess der Anpassung mit den EU-Normen die Beziehungen mit dem Kosovo nicht gefährden. Ab Beginn der Verhandlungen darf Serbien also keine Gesetze verabschieden, die auch nur formal den Kosovo einbeziehen. Dačić sieht es als Erfolg an, dass mit dem Kosovo verbundene Probleme nicht in jedem einzelnen Kapitel gelöst werden müssen, was wiederum viel Zeit einnehmen würde. Alle Streitpunkte sollen vorerst in das Kapitel 35 verlegt werden, das parallel mit allen anderen verhandelt und erst am Ende des Prozesses abgeschlossen werden soll. Wie dies praktisch funktionieren soll, bleibt unklar. Ebenso unklar ist die rechtlich bindende Vereinbarung, die Serbien am Ende des Verhandlungsprozesses mit der EU mit dem Kosovo unterzeichnen müssen. Serbiens Regierung hat alles auf die EU-Karte gesetzt. Es ist der einzige Erfolg, den sie vorweisen kann: Die wirtschaftliche und soziale Lage sind katastrophal, das Land steckt in einer tiefen Schuldenkrise, die Arbeitslosigkeit beträgt über 26 Prozent. Albanien könnte im Juni 2014 damit rechnen, als Beitrittskandidat akzeptiert zu werden.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Die Eurozone hat sich mit Lettland am 1. Jänner 2014 ausgeweitet. Insgesamt leben in der Eurozone derzeit 333 Millionen Menschen. Die Aufnahme Litauens in die Eurozone ist 2015 geplant. Kaum Chancen haben Pläne, im Europawahljahr 2014 neben der Neubesetzung von EU-Parlament und Kommission auch eine größere Reform der Unionsverträge auf den Weg zu bringen, die eine Vertiefung der Eurozone bringen würde. Der Vorschlag von Angela Merkel, für die 18 Eurostaaten einen Wettbewerbspakt zu schließen, um künftige Vergemeinschaftung im Euroraum vorzubereiten, wurde schubladisiert. Erst im Oktober 2014 soll wieder darüber geredet werden, ob die Kommission mit EU-Staaten einzeln Partnerschaftsverträge abschließen kann, die zu verbindlichen Strukturreformen etwa auch im Pensions- und Sozialsystem führen, um diese wettbewerbsfähiger zu machen. Eine mögliche Lösung könnte sich im langen Streit um eine neue EU-Zinsrichtlinie abzeichnen, die Österreich und Luxemburg zwingen würde, mit den EU-Partnern Bankdaten von Steuerausländern auszutauschen, also das Bankgeheimnis in diesem Fall aufzuheben. Der EU-Dezembergipfel hat die Frist dafür, die mit Ende 2013 auslief, bis März 2014 verlängert. Kanzler Faymann erklärte, er habe sich mit dem neuen luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel abgesprochen: „Wir halten sicher nicht die Zinsrichtlinie auf“, so Faymann. Obwohl Spanien den ESM verlassen hat, ist die Ursache der Krise, die einseitigen und verfehlten Investitionen in Immobilien, noch lange nicht überwunden. Immer noch stehen in Spanien 1,4 Millionen Immobilienobjekte zum Verkauf. Eine Bad Bank wurde eingerichtet, um die geplatzen Immobilienkredite aus den Bilanzen der Geldinstitute zu nehmen. Zudem hat Spanien wie Serbien eine hohe Arbeitslosenrate von 26,7 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt sogar 57,4 Prozent. Zudem ist in Spanien die Staatsverschuldung erheblich gestiegen. Die Gesamtverschuldung hat einen Höchststand von 93,4 Prozent des BIP erreicht. Spanien hat Schulden von nicht weniger als 954,9 Milliarden Euro angehäuft, 2008 lag die Staatsverschuldung noch bei 36 Prozent des BIPs. Laut einer Studie von PricewaterhouseCoopers wird es noch 20 Jahre dauern, bis durch die Krise

verloren gegangene Jobs neu geschaffen werden können. In Portugal hat Präsident Aníbal Cavaco Silva den drastischen Sparetat 2014 in Kraft treten lassen, mit dem Portugal im Juni 2014 den ESM verlassen will. Der härteste Haushalt seit 1977 sieht Kürzungen um 3,9 Milliarden Euro oder 2,3 Prozent des BIP vor. Mit einem 78 Milliarden Euro schweren Hilfspaket haben EU und IWF Portugal 2011 vor dem Bankrott bewahrt. Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 bekommen EU-skeptische bis -ablehnende Gruppen verstärkt Zulauf, die sich von der Finanz- und Schuldenkrise bestärkt, gegen eine enge europäische Kooperation stellen. Bei den Europawahlen werden sie nach ersten Prognosen verstärkt zulegen. Aus ersten Analysen von Fraktionen und der Parlamentsverwaltung geht hervor, dass sich die Zahl der EU-skeptischen Abgeordneten verdoppeln könnte. Von den künftig 751 Sitzen (derzeit 765) könnten sie bis zu 150 gewinnen. Das EU-skeptische Lager könnte sich sowohl am linken wie auch am rechten Rand verbreitern. In Athen wird ein deutlicher Zugewinn für die Syriza unter Alexis Tsipras, bei den Linken werden in Frankreich Zugewinne für die Parti de Gauche unter Jean-Luc Mélanchon erwartet. Im rechten Lager dürfte die Dynamik noch größer sein. Dort werden zwar die britischen EU-skeptischen Tories, die sich nach der letzten Europawahl von der EVP abgespaltet haben und mit der tschechischen ODS und der polnischen PIS eine eigene Fraktion bilden, Einbußen hinnehmen müssen. Doch dürfte im Gegenzug die radikal EU-feindliche UK Independence Party (UKIP) deutlich zulegen, laut letzten Umfragen bis zu 25 Prozent. In Frankreich hofft der Front National darauf, bei den EU-Wahlen stärkste Partei zu werden (derzeit: 24 Prozent). In Ungarn wird gerechnet, dass die regierende Fidez unter Viktor Orbán – sie gehört zur EVP – an Wählerstimmen einbüßt. Die Jobbik kann jedoch damit rechnen, bei den Europawahlen ordentlich zuzulegen. In Griechenland kann die Partei der Morgenröte mit einem deutlichen Zuwachs an Stimmen rechnen.

Die NATO

Analyse der letzten sechs Monate

Nachdem die NATO-Partnerländer Schweden und Georgien ihre formellen Ersuchen vor dem Sommer 2013 bei der Allianz eingereicht hatten, stimmte der Nordatlantikrat im September 2013 der Einbindung beider Staaten in die NATO Response Force (NRF), der Hochbereitschaftstruppe der NATO, zu. Damit ist für beide Staaten die Übungsteilnahme an der NRF möglich geworden, wie sie bei der Übung „Steadfast Jazz 2013“ auch schon in Ansätzen erfolgte. Nach Finnland und der Ukraine sind nun bereits vier PfP-Partner in der NRF engagiert. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen eröffnete Anfang September 2013 anlässlich seines Besuches in Litauen gemeinsam mit der Präsidentin des Landes, Dalia Grybauskaitė, das „Centre of Excellence for Energy Security“. Dadurch setzt sich die NATO zum Ziel, die Anstrengungen des Bündnisses, die sich u. a. auf den Schutz der Energietransportwege und der Reduktion des Energieverbrauchs in NATO-geführten Einsätzen konzentrieren, zu koordinieren. Im Hinblick auf gegenwärtige und künftige Bedrohungen ergänzt dieses Kompetenzzentrum jenes in Estland, das sich schon seit 2007 der Cyber Abwehr widmet. Für Syrien gibt es seitens der NATO keine militärische Lösung. Die Sicherung der Grenzen zu Syrien wurde lediglich mit defensiven Patriot-Raketenabwehrsystemen verstärkt. Aus Sicht der NATO hat dies abschreckende Wirkung. Die Position der NATO im Syrien-Konflikt ist: Es muss eine politische Lösung für diese Krise geben. Jedwede militärische Aktion würde nur eine zeitlich eng limitierte sein. Für Syrien gibt es keine militärische Lösung. In Afghanistan wurde 2001 zwar die Taliban-Regierung in Kabul von den USA gestürzt, die Taliban selbst und deren Netzwerk wurden jedoch nicht zerstört. Zudem bekommt die Taliban weiterhin Unterstützung von Teilen des pakistanischen Militärs und des Nachrichtendienstes. Folglich konnte die Taliban ihren Einfluss in Afghanistan ausweiten. Die derzeit ca. 350.000 Soldaten und Polizisten

Afghanistans sind nicht in der Lage, den nicht einmal 40.000 Taliban-Kämpfern die Stirn zu bieten. Die afghanischen Sicherheitskräfte können zudem in ihrer Schlagkraft nur ausgebaut werden, solange der US-Kongress diese auch ausreichend finanziert. Die US-Regierung beabsichtigt, jährlich etwa 4 bis 6 Milliarden US-Dollar den afghanischen Sicherheitskräften zur Verfügung zu stellen. Die Taliban ist in Afghanistan zwar höchst unpopulär, wird aber seitens der afghanischen Bevölkerung als nicht korrumpierbar wahrgenommen. Die Regierung von Hamid Karzai gilt jedoch als schwer korrupt, und auch jene, die mit dieser Regierung eng verbunden sind. Die Top-Priorität für die ISAF lag und liegt darin, die Taliban zu bekämpfen. Am 21. Dezember 2013 kamen die NATO und die afghanische Regierung überein, die Verhandlungen über das NATO Status of Force Agreement zu eröffnen. Dieses Übereinkommen bildet den wesentlichen Teil des Rechtsrahmens, der für die Stationierung von Ausbildern und Beratern für die afghanischen Sicherheitskräfte im Rahmen der ISAF-Nachfolgemission Resolute Support ab 1. Januar 2015 benötigt wird. Die Große Ratsversammlung in Kabul, Loya Jirga, bestehend aus Stammesältesten, Geistlichen und anderen Würdenträgern, sprach sich Ende November 2013 dafür aus, dass nach 2014 auch US-Truppen in Afghanistan bleiben können, um den weiteren Friedensprozess abzusichern.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Bis zum Ende der ISAF-Mission in Afghanistan Ende 2014 „und darüber hinaus“ wird es „Herausforderungen und auch Rückschläge geben, aber der Prozess läuft insgesamt gut“, stellte die Vizegeneralsekretärin der NATO, Kolinda Grabar-Kitarović, fest. Die Präsidentenwahlen am 5. April 2014 seien demnach eine historische Chance für Afghanistan, seine Souveränität und seine Selbstverpflichtung zu einem demokratischen Kurs zu zeigen. Das Ziel der NATO ist es, weiterhin „sicherzustellen, dass Afghanistan nie wieder sicherer Hafen für Terroristen wird. Dabei haben wir Erfolg, auch wenn der Prozess mit Sicherheit noch Jahre dauern wird.“ Anfang November 2013 waren noch an die 50.000 US-Soldaten in Afghanistan stationiert, im Frühjahr 2014 soll deren Anzahl noch ca. 33.000 betragen. Ende 2014 wird die NATO ihren ISAF-Einsatz in Afghanistan beenden. US-Präsident Barack Obama hat diesen Schritt wie folgt beschrieben: „this long war will come to a responsible end.“ Doch die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Krieg Ende 2014 tatsächlich endet, bleibt nach wie vor offen. Die US-Militärpräsenz in Afghanistan wird im Frühjahr 2015 auf 8.000 bis 12.000 Berater und Ausbilder reduziert. Ein NATO-Arbeitspapier verfolgt die Umsetzung der „Connected Forces Initiative“ (CFI), womit die in den letzten Jahren über die NATO-Einsätze gewonnene Interoperabilität ausgebaut werden soll. In diesem Sinne wurde seitens des Bündnisses im Oktober 2013 die Abhaltung einer „High Visibility Exercise“ im Jahr 2015 vereinbart, später folgende sind noch ebenso in Beurteilung wie die vollständige Überarbeitung des Ausbildungs- und Übungskonzepts. Wie bei Smart Defence ist auch hier die Einbindung der Partner willkommen. NATO-Generalsekretär Rasmussen mahnte Mitte Dezember 2013 wiederholt ein, dass sich die europäischen Verbündeten ihrer Verantwortung im Bereich Verteidigung stellen müssen. Rasmussen hatte erklärt „that Europe had become ‚introverted‘ and ‚preoccupied‘ by its own internal economic crises“. Falls der gegenwärtige Trend, Militärbudgets in dem derzeit sich abzeichnenden Rahmen zu reduzieren, fortgesetzt wird, so Rasmussen, wird Europa bald nicht mehr imstande sein, sich an internationalen Krisenmanagement-Einsätzen zu beteiligen: Rasmussen erinnerte vor allem an die NATO-Operation in Libyen 2011, bei der die europäischen Verbündeten u.a. zu vier Fünftel von Luftbetankungsflugzeugen aus den USA abhängig waren. Die EU könnte die NATO, so Rasmussen, stärken, indem sie ihre Mitgliedstaaten bei der Koordination von Ausgaben für teurere Projekte und bei der Forschung in Bereichen wie Drohnen und Cyber-Sicherheit unterstützt.

Globale Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft hat Fahrt aufgenommen und auch Europa ist wieder zu Wachstum zurückkehrt. 2013 betrug das globale Wachstum 2,4 Prozent, das der Entwicklungsländer 4,8 Prozent. Wie angekündigt ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 auch in den meisten Industrieländern eine deutliche Erholung erkennbar gewesen. Getrieben von den USA und Japan ist es im Gesamtjahr in den OECD-Staaten zu einem Wachstum von 1,2 Prozent gekommen. Die von Japan gesetzten massiven fiskalpolitischen Maßnahmen zur Beendigung der Deflation und zur Belebung der Konjunktur waren erfolgreich. Gemeinsam mit den USA war Japan die Triebfeder der Entwicklung in den entwickelten Staaten. So wuchs in den USA 2013 die Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent, in Japan um 1,7 Prozent. Der Euro-Raum musste im Gesamtjahr noch ein Negativwachstum von 0,4 Prozent verkraften, das Wirtschaftswachstum drehte sich in der zweiten Jahreshälfte jedoch in den positiven Bereich. Aber auch in einzelnen führenden Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum zuletzt, beispielsweise in Südafrika auf 1,9 Prozent, in Brasilien auf 2,2 Prozent, in der Türkei auf 4,3 Prozent und in Indien auf 4,4 Prozent. Ostasien konnte hingegen ein Wachstum von über 7 Prozent, China sogar von 7,7 Prozent verzeichnen. Hierbei zeigt sich deutlich der unterschiedliche Grad der Integration in die internationale Arbeitsteilung. China hat eine Position als globale Werkbank, während Südafrika und Brasilien primär die Position von Rohstofflieferanten einnehmen. Auf Grund sinkender Rohstoffpreise war dies für die beiden Letzteren ein entscheidender Nachteil.

Gemäß den Prognosen von IWF und Weltbank ist die Weltwirtschaft nunmehr aber zu einem stabilen Wachstumskurs zurückgekehrt. 2014 wird gemäß Prognose der Weltbank das globale Wirtschaftswachstum 3,2 Prozent erreichen und auch in den nächsten Jahren ist mit stabilen 3-3,5 Prozent zu rechnen. IWF-Chefin Christine Lagarde warnte zuletzt jedoch, dass die Krise noch nicht ganz beendet sei und das globale Wachstum „noch zu gering, zu zerbrechlich und zu ungleichmäßig“ wäre.

Industriestaaten

Die Volkswirtschaften der Industriestaaten wachsen zwar wieder, müssen aber die Sanierung des Finanzsektors und Haushaltskonsolidierungen fortsetzen, sowie das Beschäftigungswachstum vorantreiben. Vor allem die US-Wirtschaft befindet sich aber bereits dauerhaft auf einem stabilen Wachstumspfad. Zuletzt konnte das gesamtstaatliche Defizit vor allem aufgrund der erzwungenen starken Ausgabenkürzungen durch den Sequester und steigende Steuereinnahmen deutlich reduziert werden. Wenige Fortschritte wurden hingegen bisher bei den Bemühungen zur Senkung der Schuldenquote erzielt. Auf Grund der inneramerikanischen Konfrontationen droht bei einer Zahlungsunfähigkeit sogar eine globale Finanzkrise, doch ist diese als eher unwahrscheinlich zu beurteilen. Die USA können realistischerweise in den nächsten Jahren ein solides Wachstum von knapp 3 Prozent erwarten.

Bekanntlich haben die Notenbanken der entwickelten Staaten in den letzten Jahren massive Geldmengen in den Finanzkreislauf eingebracht, um den Zinssatz künstlich niedrig zu halten. Immerhin haben sich daher die Bilanzen der Notenbanken der führenden Industrienationen seit Beginn der Wirtschaftskrise verdreifacht. In den nächsten Jahren muss diese Politik sukzessive wieder zurückgefahren werden und den Ökonomen ist bisher noch nicht ganz klar, welche Auswirkungen dies haben wird.

Auf Grund des gestärkten Wachstums und der zunehmend überzeugenden Anzeichen, dass ein sich selbsttragender Aufschwung im Gange ist, wird jedenfalls die amerikanische Notenbank ihre Geldpolitik ab 2014 wieder schrittweise normalisieren. Wenn auch vielerorts negative Konsequenzen dieser Normalisierung befürchtet werden, ist das wahrscheinlichste Szenario, dass dieses in geordneten Bahnen verlaufen wird und innerhalb der nächsten zwei

bis drei Jahren die Zinsen wieder auf etwas über 3 Prozent steigen werden. Gleichzeitig werden sich die Finanzströme teilweise wieder von den Wachstumsmärkten zu den Industriestaaten verlagern, da die Anleger dort wieder höhere Renditen erwarten können. IWF-Chefin Christine Lagarde warnte zuletzt dennoch, dass die Zentralbanken nur dann zu einer normalen Geldpolitik zurückkehren sollten, wenn sich ein stabiles Wachstum eingestellt habe.

Auch aus europäischer Sicht sind die Entwicklungen durchaus optimistisch zu betrachten. Nach Rezession und schwachen Arbeitsmärkten im Euroraum ist die Hoffnung berechtigt, dass die Trendwende erreicht ist. Die Wirtschaft in den Euro-Ländern wuchs zwischen April und Juni erstmals nach eineinhalb Jahren wieder. Die Euro-Zone wird dabei vor allem von der deutschen Wirtschaftslokomotive aus der Krise gezogen und kann mittelfristig mit einem stabilen Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent rechnen. Die Euro-Zone - die erst im Frühjahr ihre bisher längste Rezession beendete - bleibt jedoch tief gespalten: Während ihre größte Volkswirtschaft Deutschland um 0,3 Prozent zulegen, schrumpften die anderen Schwergewichte Frankreich und Italien. Sorge bereitet insbesondere, dass sich Italien seit über zwei Jahren in der Rezession befindet.

Von den von der Krise am härtesten getroffenen Staaten kamen Irland, Portugal und Spanien aus der Rezession, während die Wirtschaft Griechenlands noch immer schrumpft. Der Euro-Raum ist daher noch immer deutlich hinter dem Niveau von 2008 zurück und einige besonders betroffene Staaten, wie beispielsweise Griechenland (77 Prozent) sogar unterhalb des 90-Prozent-Niveaus. Irland und Spanien haben aber inzwischen den Euro-Rettungsschirm verlassen können. Das Programm für Irland lief im Dezember 2013 aus, das spanische Programm für marode Banken im Jänner 2014. Irland hat diesen Schritt mit harten Reformen, wie Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor und Reduktion von Sozialleistungen, ermöglicht. Zuletzt sank auch die Arbeitslosigkeit bereits wieder von 15 auf 12 Prozent. Irland hatte sich 2010 als erstes Land der Euro-Zone vor allem wegen seiner zahlungsunfähigen Banken unter den Schutz des Euro-Rettungsschirmes begeben. Insgesamt erhielt es von den Euro-Partnern und dem IWF ein Hilfsprogramm von 85 Milliarden Euro. Spanien wiederum erhielt 41 Milliarden zur Sanierung seiner Banken. Griechenland, Zypern und Portugal verbleiben hingegen vorerst noch unter dem Euro-Rettungsschirm. Wenn alles planmäßig verläuft, sollte aber auch Portugal im Mai 2014 aus dem Programm entlassen werden. Problematischer sieht es hingegen für Griechenland aus. Das Krisenland bleibt bei der Sanierung seiner Staatsfinanzen deutlich hinter den Erwartungen zurück.

In Polen, dem wirtschaftlich relevantesten osteuropäischen EU-Land, hat sich das Wachstum von zuletzt 2 Prozent im Jahr 2012 auf 1,25 Prozent reduziert, wird aber 2014 wieder auf über 2 Prozent steigen. Südosteuropa, das 2012 von einem sehr kalten Winter und schwerer Dürre noch besonders betroffen war, hat sich in diesem Jahr etwas erholt, und nur Kroatien musste eine leichte Rezession hinnehmen. Und das Wachstum im Baltikum wird zwar etwas nachlassen, aber weiterhin stark bleiben.

Es ist zu erwarten, dass die europäischen und internationalen Geldgeber die Krisenländer weiterhin zu strukturellen Maßnahmen zwingen werden. Problematisch ist dabei, dass dies gleichzeitig eine noch höhere Arbeitslosigkeit insbesondere unter der jungen Bevölkerung zur Folge haben wird. Die strikten Sparmaßnahmen verhindern, dass relevante Programme zur Eindämmung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit realisiert werden können. Es existiert in einigen europäischen Staaten eine Generation, die niemals in den Arbeitsprozess integriert worden ist. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug Ende 2013 beispielsweise in Spanien 57,7 Prozent, in Griechenland 54,8 Prozent, in Zypern, Italien und Kroatien über 40 Prozent und in der Slowakei und Portugal über 30 Prozent. Der Schnitt in der EU lag bei 23,6 Prozent, in Österreich bei moderaten 8,6 Prozent.

Seit Anfang 2011 steigt generell die Zahl der Erwerbslosen in den Krisenländern. Aber auch die gesamte Euro-Zone kommt trotz leicht anziehender Konjunktur nicht von ihrem

Rekordhoch bei der Arbeitslosigkeit herunter. 19,5 Millionen Menschen hatten Ende 2013 keine Arbeit. Das waren rund eine Million mehr als Ende 2012. Die um jahreszeitliche Schwankungen bereinigte Arbeitslosenquote verharrte bei 12,2 Prozent. Der Arbeitsmarkt gilt allerdings als nachlaufender Indikator. Konjunkturentwicklungen erreichen diesen meist erst mit einer Verzögerung von rund einem halben Jahr.

Nach recht erfolgreichen Jahren 2011 (+2,8 Prozent) und 2012 (+0,9 Prozent) konnte Österreich 2013 nur noch ein Wirtschaftswachstum von knapp 0,4 Prozent verzeichnen. Gemäß den Prognosen der beiden Forschungsinstitute WIFO und IHS sollte 2014 die Wachstumsrate aber wieder auf 1,5 bis 2 Prozent steigern. Vor allem der stagnierende Konsum der privaten Haushalte und die Bruttoanlageinvestitionen haben sich zuletzt erhöht. Wachstumsimpulse kamen aber vor allem vom Außenhandel. Das WIFO rechnet 2014 immerhin mit einem Exportplus von 5,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist vorerst weiter im Steigen und wird 2014/2015 voraussichtlich auf dem Wert von knapp unter 8 Prozent stagnieren.

Wachstumsmächte, Regionale Mächte und Schwellenländer

In den Wachstumsmärkten und Entwicklungsländern ist bereits aktuell ein deutliches Wirtschaftswachstum zu erkennen. 2014 werden die Entwicklungsländer in der Größenordnung von 5 bis 5,5 Prozent, mittelfristig mit 5 bis 6 Prozent wachsen. Dies sind ca. 2 Prozentpunkte unter den Boomjahren nach der Jahrtausendwende. Indien kann dabei ein Wachstum von 6,2 Prozent, China von 7,7 Prozent, Brasilien und Mexiko jedoch nur von 3,5 bis 4 Prozent erwarten. Dennoch stehen die Schwellenländer vor den Herausforderungen eines sich verlangsamenden Wachstums und engerer globale Finanzbedingungen.

Mit ihrem rasanten Wachstumstempo sind China, Indien, Russland, Brasilien und Südafrika als BRICS-Staaten zu einem Synonym für die boomenden neuen Märkte in der Weltwirtschaft geworden. Mittlerweile hat sich ihr Wachstumstempo jedoch deutlich verlangsamt. Verantwortlich dafür sind einerseits veränderte globale Rahmenbedingungen, aber auch lokale Probleme. Neben der dem Ende zugehenden Ära des billigen Geldes, sind es spezifische strukturelle Probleme, mit denen die größten Schwellenländer kämpfen: steigenden Schulden, Abhängigkeit von Rohstoffexporten und Währungsturbulenzen.

Wie erwartet hat China 2013 mit einem Handelsvolumen von über 4.000 Milliarden US-\$ die USA als führende Handelsnation abgelöst. Auch Chinas Währungsreserven sind weiter gestiegen und haben bis Ende 2013 den Wert von 3.820 Milliarden US-\$ erreicht. Diese sind somit innerhalb der letzten zehn Jahre um über 300 Prozent gestiegen. Sie zeigen einerseits das Ungleichgewicht im globalisierten Handel, aber auch das Finanzpotential, das China inzwischen zur Verfügung steht. Es ist aber zu erwarten, dass mittelfristig der Renminbi stärker aufwertet wird. Dies würde zwar chinesische Waren international verteuern, aber auch den Inflationsdruck abschwächen und die Kaufkraft der Bevölkerung zur weiteren Ausweitung des Binnenkonsums stärken. Chinas Wirtschaft ist derzeit durch hohe Investitionen und die damit verbundene Verschuldung seiner Unternehmen durchaus verwundbar. China versucht daher ein Programm zu entwickeln, um Nachfrage und Wachstum vom Investitions- zum Konsum- und Dienstleistungssektor zu verlagern.

Von besonderem strategischem Interesse sind die steigenden chinesischen Direktinvestitionen im Ausland. Diese wachsen inzwischen deutlich stärker als die chinesische Wirtschaft selbst. Chinas ausländische Investitionen haben dabei einen jährlichen Wert von ca. 90 Mrd. Dollar erreicht. Chinesische Unternehmen investierten 2012 im Ausland fast 18 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dagegen verringerten sich die weltweit getätigten Auslandsinvestitionen um fast 20 Prozent stark rückläufig auf insgesamt 1.350 Milliarden US-\$. Die chinesischen Zahlen sind zwar im Vergleich zu den wirtschaftlichen Big-Playern USA (jährlich über 400 Mrd. US-\$), oder EU (jährlich über 550 Mrd. US-\$) durchaus noch überschaubar. China ist aber somit nach den USA und Japan bereits der drittgrößte ausländische Investor. China hat in den

vergangenen Jahren den Wechsel von der „Inviting In“-Politik zur „Going Global“-Politik vollzogen. Standen bis Anfang des Jahrtausends ausländische Investitionen im Vordergrund, werden nunmehr gleichzeitig auch chinesische Investitionen im Ausland wichtiger. Zielsetzung der „Going Global“-Politik sind vor allem die Qualitätsverbesserung eigener Produkte und Prozesse sowie die Erschließung von neuen Märkten und Rohstoffquellen. Chinas Direktinvestitionen im Ausland zielten dabei zuletzt stärker auf den industriellen Sektor ab und nicht mehr so einseitig auf die Sicherung von Rohstoffen und Energie-Quellen. Das Spezielle an den chinesischen Direktinvestitionen ist aber ihre strategische Ausrichtung. Während westliche Investitionen sich nach Marktkriterien und Firmenwünschen orientieren, werden alle chinesischen Auslandsinvestitionen staatlich genehmigt und überwacht. Dies bedeutet, dass damit staatliche strategische Ziele verfolgt werden können. Gleichzeitig muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass China (500 Milliarden US-\$) im Vergleich zur USA (5.000 Milliarden US-\$) oder der EU (10.000 Milliarden US-\$) derzeit nur einen Bruchteil des Bestandes an ausländischen Direktinvestitionen besitzt. In den nächsten Jahren planen die chinesischen Verantwortlichen daher einen weiteren jährlicher Anstieg der jährlichen Neu-Investitionen im Ausland von 15-20 Prozent. Absehbar ist daher, dass China in wenigen Jahren bereits mehr im Ausland investieren wird, als das Ausland in China investiert.

Das Wachstum in der Türkei hat sich im vergangenen Jahr auf 3,75 Prozent deutlich verlangsamt, und wird 2014 ca. 3,5 Prozent erreichen. Die Türkei riskiert auf Grund seiner politischen Turbulenzen auch mittelfristig hinter seinen Möglichkeiten zurückzubleiben.

Die Wirtschaft der Länder des Nahen Osten und Nordafrikas stagnierte 2013. Politische Unruhen in Ägypten, die politische Patt-Situation in Tunesien und eine Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien, mit Spillover-Effekte zu den benachbarten Staaten Libanon und Jordanien, haben auch die Wirtschaft des Raumes stark geschwächt. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum für die Region wird sich 2014 zwar auf etwa 3 Prozent, mittelfristig auf 3,5 Prozent erhöhen, verbleibt damit aber weiterhin deutlich unter dem Potential der Region. Gleichzeitig findet auf Grund des Bevölkerungswachstums ein Sinken des Pro-Kopf-Einkommens statt. Dies ist gemeinsam mit der hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit ein weiterer wirtschaftlich bedingter potentieller Krisenfaktor in diesem Raum.

Rohstoffe

Der stetig steigende Bedarf an Rohstoffen birgt ein nicht unerhebliches internationales Konfliktpotential. Einerseits geht es dabei um territoriale Fragen wie die Herrschaft über Meeresgebiete bzw. umstrittene Inseln, wie den Senkaku/Diaoyu-Inseln (CHN/JPN) oder dem Ieodo/Socotra-Riff (CHN/KOR) die beide in der zuletzt einseitig festgelegten chinesischen Luftverteidigungsidentifikationszone liegen, oder bisher nur begrenzt erschlossener Rohstofflager im arktischen Bereich. So hat Kanada zuletzt seine Territorialansprüche bis hin zum Nordpol geltend gemacht. Es ist zu erwarten, dass Russland und Dänemark ihrerseits teils überlappende Gebietsansprüche stellen werden. Weitere Ansprüche auf Gebiete im Nordpolarmeer haben Norwegen, die USA und Frankreich. Das Interesse an dem Gebiet ist stark gestiegen, seitdem das Schmelzen des Eises wichtige Schifffahrtsrouten geöffnet hat und die Ausbeutung bisher unzugänglicher Ressourcen ermöglicht. So werden im weiteren Umfeld um den Nordpol Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet. Russland reagierte auf die von Kanada vorgebrachten Gebietsansprüche in der Arktis umgehend mit einer Verstärkung seiner Militärpräsenz. Russland behauptet, dass sein Kontinentalschelf auf dem Meeresboden so weit in die Arktis reiche, dass es auch den Nordpol beanspruchen dürfe. Neben Russland machten zuletzt aber auch die USA auf ihre nationalen Interessen in der Arktis aufmerksam. US-Verteidigungsminister Hagel erklärte Ende 2013 auch die US-Streitkräfte würden ihre Strategie an die veränderten Bedingungen anpassen, die sich für die nördliche Polarregion aus der Klimaerwärmung ergäben.

Rüstung und Rüstungsindustrie

Hinsichtlich der globalen Militärausgaben hat sich das Bild vergangener Jahre nicht verändert. Die USA sind und bleiben dank massiver Ausgaben (38,5 Prozent der globalen Militärausgaben) die führende Militärmacht. China (9 Prozent), Russland (5 Prozent), Frankreich, Großbritannien und Japan (je 3,5 Prozent) folgen mit deutlichem Abstand. Die EU steht zwar als Ganzes für ca. 16,5 Prozent der globalen Militärausgaben, kann (und will) dies aber kaum in strategische Stärke umsetzen. Davon abgesehen verringerten sich zuletzt die Militärausgaben in Europa, während sich diese in Asien erhöhten.

Von besonderer Relevanz sind auch Exporte der Rüstungsindustrien der Groß- und Mittelmächte. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen ermöglichen diese auch sicherheitspolitische Bindungen von (Bündnis-)Partnern. Zu den größten Lieferanten zählen die USA, Russland, Deutschland, Frankreich und China, die zusammen über 75 Prozent des Rüstungsexports realisierten. Die größten Importeure waren wiederum Indien und China, (Rüstungslieferungen vor allem aus Russland), Pakistan (aus Russland und China) sowie Südkorea und Singapur (aus den USA und Europa). Dabei ist auch zu beobachten, dass das chinesische Militär kontinuierlich von Importen zu Eigenproduktionen wechselt. An den Rüstungsexporten ist auch deutlich der strategische Antagonismus der Weltmächte und ihrer regionalen Verbündeten deutlich.

Beim EU-Gipfel vom Dezember 2013 stellten die EU-Staats- und Regierungschefs in ihrem Schlussdokument fest, dass die "fragmentierten europäischen Verteidigungsmärkte...die Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie" gefährdeten. Sinkende Verteidigungsausgaben der Nationalstaaten und die mangelnde Einigung auf europäischer Ebene verhindern jedoch die Entwicklung einer starken europäischen Verteidigungsindustrie. Nur beispielhaft musste zuletzt EADS bekannt geben, in den kommenden drei Jahren rund 5800 Stellen im Rüstungssegment abzubauen und auch BAE Systems kündigte an, in seiner Werft in Portsmouth 1800 Stellen zu streichen. Diese Reduktion der Industrie ist symptomatisch für die Verringerung der autonomen europäischen Fähigkeiten. Offiziell beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs zwar, die militärischen Fähigkeiten in einigen Bereichen zu stärken, über den weiteren strategischen Kurs und die entsprechenden Auswirkungen für die europäische Rüstungsindustrie sind sie sich jedoch völlig uneins.

China hingegen baut seine Rüstungsindustrie sowohl für den Eigenbedarf als auch den Export weiter aus. Dabei werden auch neue Wege beschritten. Einer der größten chinesische Schiffsbauer, die staatliche China Shipbuilding Industry Corporation (CSIC), kündigte beispielsweise an, durch einen IPO 30 Prozent ihrer Aktien auf dem Finanzmarkt zu platzieren. CSIC ist vor allem als Lieferant der chinesischen Marine von strategischem Interesse. Damit setzt China seinen vor Jahren begonnenen Weg zur schrittweisen Privatisierung der chinesischen Rüstungsindustrie konsequent fort. Mit etwas über 1 Milliarde Euro ist der Börsengang von CSIC allerdings der bisher größte seiner Art. Die Zielsetzung Chinas ist dabei nicht vorrangig Kapitalbedarf seitens der chinesischen Regierung – bekanntlich sind chinesische Staatsfonds bestens dotiert – sondern das Interesse, auch den Bereich der Rüstungsindustrie marktwirtschaftlicher auszurichten. Dies soll China auch helfen, im Bereich der militärischen Hochtechnologie Anschluss an konkurrierende Mächte zu finden.

Konferenzen und Abkommen

Der EU-Gipfel am 19. und 20. Dezember 2013: GSVP und Zentralafrika

Großbritanniens Premierminister David Cameron betonte, es müsse gewährleistet sein, dass Sicherheitseinsätze und der Einsatz von Truppen sowie deren Bezahlung Sache der Nationalstaaten blieben. Jeglichen Versuch, in der EU eine eigene Armee mit eigenen Fähigkeiten zu bilden, lehnt Cameron strikt ab. Cameron begrüßt grundsätzlich eine engere Kooperation der EU-Mitgliedstaaten innerhalb der GSVP. Am 19. Dezember 2013 war eine engere Kooperation in der GSVP vereinbart worden, einschließlich der Rüstungspolitik. Erstmals seit fünf Jahren befassten sich die EU-Staats- und Regierungschefs mit diesem Thema, sie einigten sich auf die Zusammenarbeit in vier Teilbereichen – jedoch ohne einen konkreten Plan zu beschließen: Am weitesten gediehen sind die Vorhaben bei der Entwicklung von Drohnen und dem Ausbau der EU-Kapazitäten zur Betankung von Kampfflugzeugen in der Luft. Was Drohnen anbelangt, haben sich im November 2013 sieben EU-Staaten – Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Polen und Spanien – darauf geeinigt, bis spätestens 2025 die Kapazität zur Produktion von Drohnen zu schaffen. Eine ähnliche Absichtserklärung gab es bereits auch betreffend Luftraumbetankung zwischen Belgien, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Ungarn. Die zwei weiteren Teilbereiche der Zusammenarbeit betreffen die Satellitenkommunikation und die Cyber-Sicherheit, konkrete Vorgaben sollen jedoch erst 2014 formuliert werden. Während des Jahres 2014 soll die Europäische Verteidigungsagentur prüfen, inwieweit die EU-Staaten von der gemeinsamen Anschaffung von Rüstungsgütern profitieren können. Der EU-Gipfel beschäftigte sich auch mit einem möglichen EU-Einsatz in Zentralafrika: Frankreichs Staatspräsident François Hollande zeigte sich zunächst empört: Die EU könne sich in einer Krise wie in der Zentralafrikanischen Republik oder in Mali nicht einfach zurücklehnen und warten, „nichts zu tun, bis dann vielleicht ein Massaker, gar ein Genozid geschieht“. Man müsse dann im humanitären Sinn handeln, ein Land wie Frankreich fühle sich verpflichtet zu einem Eingreifen, noch dazu, wenn es entsprechende Erfahrungen in der Region und militärische Möglichkeiten habe, so Hollande. Seine EU-Kollegen hatten zuvor sein Ersuchen um finanzielle Beteiligung abgelehnt. Deutschland könne nicht für eine militärische Aktion zahlen, an der es selbst nicht beteiligt ist, betonte Kanzlerin Angela Merkel.

WTO-Konferenz 3. - 7. Dezember auf Bali

Vom 3. - 7. Dezember fand auf Bali die neunte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO statt. Die Konferenz der nunmehr 160 WTO-Mitglieder (der Jemen trat im Zuge der Konferenz der WTO bei) wurde als letzte Chance gesehen, die Doha-Verhandlungsrunde, die 2001 in Katar begonnen hatte, über den Abbau internationaler Handelsschranken wiederzubeleben.

Am 7. Dezember konnte die WTO mit dem sogenannten „Bali-Pakt“ zum ersten Mal ein Abkommen beschließen, das den Welthandel wachsen lassen soll. Selbst Gegner wie Kuba oder Indien gaben letztlich ihre Zustimmung. Realistisch betrachtet, machen die Vereinbarungen von Bali aber weniger als zehn Prozent der Reformen aus, die die Agenda von Doha vorsieht. Diese minimale Einigung wurde nicht zuletzt deswegen möglich, weil schwierige Entscheidungen vertagt wurden. Indien hatte beispielsweise eine Sondergenehmigung für sein subventioniertes Volksernährungsprogramm gefordert. Andere Staaten hatten sich jedoch dagegen ausgesprochen, da sie befürchteten, dass die subventionierten Nahrungsmittel in den Export gelangen und so die Preise am Weltmarkt drücken könnten. Die Entscheidung, die nunmehr getroffen wurde, sieht vor, dass Indien erlaubt wird, seine bisherigen Programme noch vier Jahre laufen zu lassen, es jedoch keine neuen Programme auflegen darf. Zudem muss es alles in seiner Macht Stehende tun, um zu

verhindern, dass die Nahrungsmittel exportiert werden. In spätestens vier Jahren soll eine neue Regelung getroffen werden.

Das Bali-Abkommen umfasst nun drei Bereiche: 1. In der Landwirtschaft sollen die WTO-Staaten ihre Exportsubventionen verringern. 2. Entwicklungshilfen sind in Form von Ausnahmeregelungen für die ärmsten Staaten bei Einfuhrzöllen vorzusehen. 3. Abbau der Zoll-Bürokratie.

Experten versprechen sich von dem Abbau bürokratischer Hürden Einsparungen von jährlich bis zu einer Billion Dollar (ca. 730 Mrd. Euro). Der größere Teil davon kommt nach ihren Angaben Entwicklungsländern zugute. Außerdem könne ein solcher Schritt weltweit zur Schaffung von rund 20 Millionen neuen Arbeitsplätzen beitragen. Ein Scheitern hätte die WTO als Schlichterin von Handelsstreitigkeiten und als grenzübergreifendes Gremium zur Sicherung eines freien und fairen Welthandels wohl in eine Existenzkrise gestürzt.

Zur Konferenz siehe offizielle Homepage: <https://mc9.wto.org/>

Der EU-Gipfel von Vilnius Ende November 2013

Kurz vor Beginn des EU-Gipfels von Vilnius Ende November 2013 war klar, dass dieser Gipfel nicht zum historischen Erfolg der litauischen EU-Präsidentschaft und somit für die Östliche Partnerschaft der EU wurde. Die ukrainische Regierung hatte in einer spektakulären diplomatischen Wende eine Woche zuvor die Unterzeichnung des bereits fix ausverhandelten Assoziierungsabkommens mit der EU auf Eis gelegt. Es schien, als ob die Verhandlungen mit der EU seitens des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch nur zum Schein geführt wurden. Diese endeten mit einer ukrainischen Absage. Die Präsidenten der Ukraine und Russlands einigten sich kurz darauf auf einen russischen Kredit in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar, auf eine Absenkung der Gaspreise und verschiedene Handelsabkommen. So kommt die Ukraine mit vergünstigtem russischem Gas durch den Winter, vermeidet mittels des Kredits ihren Bankrott und hält sich den russischen Markt offen, von dem sie abhängig ist. Kurzfristig meint Janukowitsch mit diesem Deal zu punkten, ein Jahr vor den Präsidentenwahlen im Jahr 2015. Die Ukraine ist dadurch mehr in die Abhängigkeit Russlands geraten und bleibt ein Land, das in der Frage seiner strategischen Ausrichtung nach wie vor gespalten ist: Der Osten und Süden sowie die Krim wollen mehrheitlich nach Russland, der Westen und Kiew bleibt überwiegend pro-EU eingestellt. Janukowitsch betonte: wenn die EU eine moderne, demokratische Ukraine wolle, müsse diese dafür zahlen: 160 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2017. Am 15. Dezember 2013 teilte Erweiterungskommissar Štefan Füle mit: „Ich habe Vize-Premier Sergej Arbusow in Brüssel gesagt, dass weitere Diskussionen von einer klaren Verpflichtung zur Unterschrift abhängen. Arbeit eingestellt, keine Antwort.“

UN-Klimakonferenz 11. - 23. November in Warschau

Vom 11. - 23. November fand in Warschau die 19. Klimakonferenz (United Nations Framework Convention on Climate Change, COP) statt. Letztlich konnte wieder nur ein, eher dürftiger, Kompromiss erreicht werden. Im Kern besteht dieser in einem Fahrplan, wonach 2014 das „Jahr der Ambitionen“ werden soll, um im September 2015 in Paris einen neuen umfassenden Klimaschutzvertrag auszuhandeln. Die Staaten sollen Vorschläge für den Vertragstext einbringen und spätestens im März 2015 ihre Reduktionsziele in Form von „Beiträgen“ angeben. Bisher war vorgesehen, dass sich Industrienationen an "Verpflichtungen" zu halten haben, während Schwellenländer lediglich weicher formulierte "Aktionen" zu setzen hatten. Der Streit zwischen den größten Schwellenländern, insbesondere China, Indien und Brasilien, und Industrienationen um die Kostenverteilung hätte beinahe selbst diese Einigung verhindert.

Das Abkommen soll dann selbst 2020 in Kraft treten, um durch reduzierten CO₂-Ausstoß die Erderwärmung zu verlangsamen und die Entwicklungsländer finanziell zu unterstützen. Neben dem Fahrplan konnte auch eine grundsätzliche Einigung auf eine Verteilung der Lasten bei Naturkatastrophen erzielt werden. Dabei sollten Industrieländer 100 Mrd. Dollar (ca. 73 Mrd. Euro) bis 2020 zur Verfügung stellen, um im Krisenfall schneller zu helfen; konkrete Beiträge für 2013 bis 2019 wurden abgelehnt.

Als einzige ganz konkrete Maßnahme kann ein Rahmenpapier für den Waldschutz gewertet werden. Darin wird festgelegt, unter welchen Bedingungen arme Länder im Rahmen der Klimaverhandlungen Geld für den Schutz ihrer Wälder erhalten können. Der Vertrag selbst ist aber noch nicht soweit fertig, dass nun schon Geld eingezahlt werden könnte.

Zur Konferenz siehe offizielle Homepage: http://unfccc.int/meetings/warsaw_nov_2013/meeting/7649.php

Studien und Berichte

Eurostat-Studie zum Pro-Kopf-Einkommen in den EU-Staaten

Am 12. Dezember teilte Eurostat in einem Bericht mit, dass 2012 - gemessen am Pro-Kopf-Einkommen - Luxemburg das reichste Land der EU war. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf Luxemburgs in diesem Jahr war mehr als zweieinhalb mal so groß der Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten.

In der Liste, die auf Basis preisbereinigter Daten erstellt wurde, folgten auf Luxemburg Österreich (2011: Platz: 3; 2010: Platz: 5) und Irland, die 30 beziehungsweise 29 Prozent über dem Mittelwert lagen. Deutschland rangierte auf Platz 7, dort übertraf das Wohlstandsniveau den EU-Schnitt um ein Fünftel.

Deutlich weiter hinten befanden sich 2012 die Krisenländer Spanien, Portugal und Griechenland. Dort betrug das Pro-Kopf-Einkommen 4, 24 und 25 Prozent weniger als in der Gesamtheit aller Mitgliedsländer. Ganz am Ende der Rangliste lagen Rumänien und Bulgarien mit einem BIP pro Kopf, das noch kleiner war als die Hälfte des EU-Durchschnitts. Das Pro-Kopf-Einkommen wird oft für den Wohlstandsvergleich zwischen Volkswirtschaften herangezogen. Es bietet aber nur eine sehr grobe und vereinfachende Darstellung. Auch Eurostat wies darauf hin, dass der tatsächliche Konsum der Haushalte ein besserer Maßstab ist. Doch auch hier lag Luxemburg 2012 klar auf Rang 1 unter den EU-Staaten.

Quelle:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?jsessionid=9ea7d07d30dca5d5c50e03dd42a692bcc5dda8e9f8ec.e34MbxSaxaSc40LbNiMbxNaNqNe0?tab=table&plugin=0&language=en&pcode=tec00114>

„Democracy Ranking 2013“

Die am 11. Dezember veröffentlichte Studie „Democracy Ranking 2013“ untersucht die Lage in 115 Staaten, die laut „Freedom House“ als „frei“ oder „teilweise frei“ gelten sowie in ausgewählten „unfreien“ Ländern. Die Wertung der untersuchten Staaten erfolgt durch eine Kombination politischer Faktoren (50%) und Faktoren wie wirtschaftliche Entwicklung, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz und Wissen (Bewertung jeweils mit 10%). Verglichen werden die Werte der Jahre 2011 - 2012 mit 2008 - 2009. Die Studie ist das Ergebnis des Projekts „Democracy Ranking“ rund um die Wissenschaftler Christa Pölzelbauer, Sandor Hasenöhrl und David Champbell.

Einige zentrale Ergebnisse des Berichts:

- Südamerika: Staaten wie Brasilien und Bolivien konnten sich weiter verbessern. Insgesamt liegt Brasilien jetzt auf Platz 44, Bolivien auf Platz 57.
- Arabischer Raum: Tunesien, Libyen und Ägypten liegen im Spitzenfeld der Staaten, in denen sich die Lage verbessert hat. Damit bildet das Ranking den Sturz der Diktatoren in diesen Ländern ab. Da aber nur Daten bis 2012 berücksichtigt werden, werden Entwicklungen wie etwa die Machtübernahme des Militärs in Ägypten im Juli 2013 nicht wiedergegeben. Den größten Aufstieg verzeichnet Tunesien. Trotz Zugewinns liegt Libyen weiterhin nur auf Platz 108.
- Europäische Union: In der EU verstärkt sich ein Trend, der schon beim vorgegangenen Bericht zu bemerken war. Die Wirtschaftskrise zeigt ihre Wirkung, die Zentrifugalkräfte in der EU werden größer. Deutschland und die nordischen Staaten belegen weiterhin die Spitzenplätze. Griechenland (Platz: 37), Spanien (Platz: 17) und Ungarn (Platz: 35) verschlechtern sich weiter. Österreich verbesserte sich und schafft es diesmal auf Platz neun. Verschlechtert hat es sich aber im Bereich Umwelt und beim Faktor Korruption, der im Bereich Politik mitbewertet wird.
- Russland: Russland hat vor allem in den Bereichen Politik und Umwelt verloren und liegt gemäß Ranking nunmehr auf Platz 95.

- Afrika: In Staaten wie Kenia und Guinea, Sambia oder Tansania setzt sich ein positiver Trend fort. Guinea liegt jedoch nach wie vor nur auf Platz 111. Staaten wie Ghana (Platz 59) oder Südafrika (Platz 60) liegen aber im Mittelfeld und noch vor verschiedenen europäischen Ländern wie der Ukraine (Platz 63).

Übersicht der 10 erstgereihten und 10 letztgereihten Staaten des Democracy Rankings 2013

10 erstgereichte Staaten		10 letztgereichte Staaten	
1	Norwegen	106	Bahrain
2	Schweden	107	China
3	Finnland	108	Libyen
4	Schweiz	109	Nigeria
5	Dänemark	110	Pakistan
6	Niederlande	111	Guinea
7	Deutschland	112	Togo
8	Neuseeland	113	Zentralafrikanische Republik
9	Österreich	114	Syrien
10	Belgien	115	Jemen

Quelle: www.democracyranking.org

„Corruption Perception Index 2013“

Am 3. Dezember 2013 wurde der Corruption Perceptions Index (CPI) 2013 von Transparency International veröffentlicht. Der CPI basiert auf Experteneinschätzungen und misst die Wahrnehmung der Verbreitung von Bestechlichkeit sowie effektiver Mechanismen zur Bekämpfung und Prävention von Korruption im öffentlichen Sektor der jeweiligen Staaten. Der CPI-Wert ist der Mittelwert aus den für den jeweiligen Staat zugrunde liegenden Studien, umgerechnet auf eine Skala zwischen 0 (umfassende Korruption) und 100 (keine Korruption). „Der CPI 2013 zeigt, dass alle Länder auf sämtlichen Regierungsebenen weiterhin von Korruption bedroht werden, angefangen bei der Vergabe lokaler Bewilligungen bis hin zur Durchsetzung von Gesetzen und Regulierungen“, so Huguette Labelle, Vorsitzende von Transparency International. Korruption im öffentlichen Sektor bleibt gemäß Transparency International eine der weltweit größten Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen der politischen Parteien, der Polizei und des Justizsystems.

Über zwei Drittel der 177 Länder aus dem Index von 2013 erzielten weniger als 50 Punkte. Dänemark und Neuseeland teilen sich den ersten Platz mit 91 Punkten. Afghanistan, Nordkorea und Somalia schneiden mit je nur 8 Punkten am schlechtesten ab. Europas Schlusslicht ist Griechenland. Immerhin verbesserte sich Griechenland aber gegenüber dem Vorjahr um vier auf 40 Punkte und belegt damit Platz 80. Besonders stark verschlechterte sich Spanien: Nach einer Reihe von Skandalen der Regierungspartei und der Königsfamilie verlor das Land in dem Index zehn Punkte und landete mit 59 Punkten nur noch auf Platz 40. Damit verzeichnete Spanien gemeinsam mit Mali, Gambia, Guinea-Bissau und Libyen die zweitgrößten Verluste; nur Syrien zeigte noch größere Verluste.

Österreich liegt nur mehr auf Platz 26 (69 Punkte). Bereits im Vorjahr war Österreich von Platz 16 auf Platz 25 (69 Punkte) zurückgefallen. Im Vergleich der EU-28 und anderer entwickelter demokratischer Industriestaaten liegt Österreich nur mehr im Durchschnitt, im Vergleich der früheren EU-15 und der angelsächsischen Demokratien hingegen nur mehr im untersten Drittel. Im EU-Vergleich liegen nur die mediterranen Mitgliedstaaten und die neuen Mitgliedstaaten (die allerdings von einer deutlich schlechteren Ausgangsposition gestartet sind) noch schlechter als Österreich. Insbesondere die massiven Korruptionsfälle, die in den

vergangenen Jahren bekannt wurden, haben starke Auswirkungen darauf, wie „korrump“ Österreich international eingeschätzt wird.

Übersicht: Entwicklung CPI ausgewählter Staaten unter besonderer Berücksichtigung Österreichs

Rang	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
1	Island	Finnland	Dänemark	Dänemark	Neuseeland	Dänemark	Neuseeland	Dänemark	Dänemark
2	Finnland	Island	Finnland	Schweden	Dänemark	Neuseeland	Dänemark	Finnland	Neuseeland
3	Neuseeland	Neuseeland	Neuseeland	Neuseeland	Schweden	Finnland	Finnland	Neuseeland	Finnland
4	Dänemark	Dänemark	Schweden	Finnland	Schweiz	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden
5	Schweden	Schweden	Island	Schweiz	Finnland	Kanada	Norwegen	Schweiz	Norwegen
6	Schweiz	Schweiz	Niederlande	Island	Niederlande	Niederlande	Niederlande	Australien	Schweiz
7	Norwegen	Norwegen	Schweiz	Niederlande	Australien	Australien	Australien	Norwegen	Niederlande
8	Australien	Australien	Kanada	Australien	Kanada	Schweiz	Schweiz	Kanada	Australien
9	Österreich	Niederlande	Norwegen	Kanada	Island	Norwegen	Kanada	Niederlande	Kanada
10	Niederlande	Österreich	Australien	Luxemburg	Norwegen	Island	Luxemburg	Island	Luxemburg
11	Großbritannien	Luxemburg	Luxemburg	Österreich	Luxemburg	Luxemburg	Island	Luxemburg	Deutschland
12	Luxemburg	Großbritannien	Großbritannien	Deutschland	Deutschland	Irland	Deutschland	Deutschland	Island
13	Kanada	Kanada	Österreich	Norwegen	Irland	Österreich	Japan	Belgien	Großbritannien
14	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Irland	Österreich	Deutschland	Österreich	Japan	Belgien
15	USA	Japan	Irland	Großbritannien	Japan	Japan	Großbritannien	Großbritannien	Japan
16	Frankreich	Frankreich	Japan	USA	Großbritannien	Großbritannien	Belgien	USA	USA
17	Belgien	Irland	Frankreich	Japan	USA	Belgien	Irland	Frankreich	Irland
18	Irland	Belgien	USA	Belgien	Belgien	USA	USA	Österreich	Frankreich
19	Japan	USA	Belgien	Frankreich	Frankreich	Frankreich	Frankreich	Irland	Österreich
20	Spanien	Spanien	Spanien	Spanien	Spanien	Spanien	Spanien	Spanien	Portugal
21	Portugal	Portugal	Portugal	Portugal	Portugal	Portugal	Portugal	Portugal	Spanien
22	Italien	Italien	Italien	Italien	Italien	Italien	Italien	Italien	Italien
23	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland	Griechenland

Quelle: <http://www.ti-austria.at/index.php?id=16>

Quelle: <http://cpi.transparency.org/cpi2013/>

OECD-Bericht „How is Life? 2013 Measuring Well-Being“

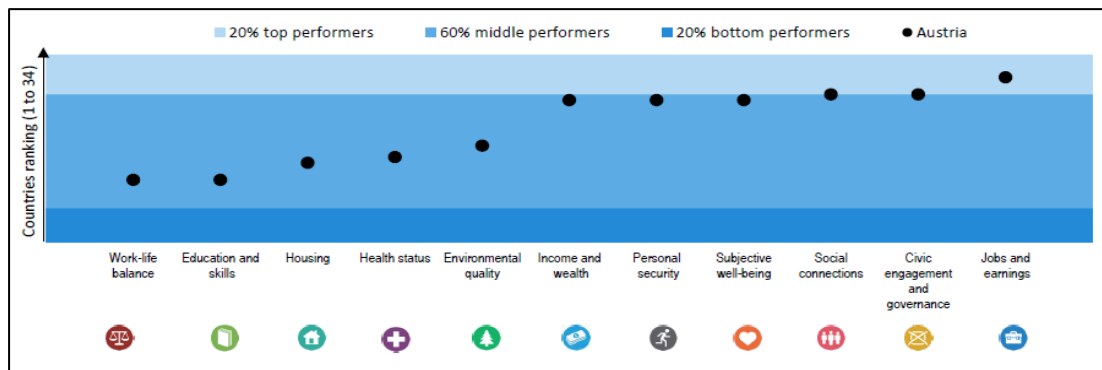
Laut dem von der OECD Anfang November 2013 veröffentlichtem Bericht „How is Life? 2013 Measuring Well-Being“ hatte die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in einigen Ländern starke Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Menschen: Vor allem Arbeitsplatzverlust und der Rückgang von Einkommen wirkten sich deutlich negativ auf das Wohlbefinden der Menschen aus. So ging beispielsweise zwischen 2007 und 2012 das Wohlbefinden der Bevölkerung in Griechenland um 20 Prozent, in Spanien um zwölf Prozent und in Italien um zehn Prozent zurück. Einen moderaten Anstieg verzeichneten hingegen Deutschland, Israel, Russland, Mexiko und Schweden.

Grundlage für den Bericht sind nicht nur materielle Lebensbedingungen, sondern auch Faktoren der Lebensqualität, wie z.B. Gesundheit, Gender-Unterschiede oder Arbeitsbedingungen. Bemerkenswert auch der Befund der OECD hinsichtlich des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik: Das Vertrauen der Bevölkerung in den Krisenländern in ihre Regierungen fiel in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt um zehn Prozent, bei den OECD-Ländern vertraute insgesamt nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung den Regierungen. Es ist dies der schlechteste Wert seit 2006.

Österreich liegt in dem Bericht im oberen Mittelfeld und punktet unter anderem bei Einkommen, Arbeitsbedingungen, sozialen Bindungen und Umweltqualität. In den Jahren von

2007 bis 2011 ging das reale verfügbare Haushaltseinkommen um ein Prozent zurück, während es im Rest der Eurozone im Schnitt um zwei Prozent abnahm. Auch die Situation am Arbeitsmarkt entwickelte sich deutlich gegen den internationalen Trend. Hier belegt Österreich (noch) einen Spitzenplatz. Deutlich zeigen sich die Unterschiede im persönlichen Wohlbefinden. Dieses stieg in fünf Jahren von 67 auf 76 Prozent. In dieselbe Richtung entwickelte sich von 2008 bis 2012 auch das Vertrauen in die Regierung, es stieg von 26 Prozent auf 32 Prozent. Der Bereich "Gesundheit" ist im Mittelfeld angesiedelt. Schlecht steht es allerdings um den Bildungsstandard, wo Österreich unter dem OECD-Schnitt liegt.

Übersicht: Österreich im Vergleich zu anderen OECD-Staaten



Quelle: How's Life? - County Snapshot Austria; S. 2

Quelle: <http://www.oecd.org/statistics/howlife.htm>

“Environment: Waste production must peak this century”

Daniel Hoornweg, Perinaz Bhada-Tata und Chris Kennedy schätzen im Fachjournal "Nature" vom 31. Oktober 2013 (Vol. 503, Issue 7473; S. 615-617), dass die Weltbevölkerung pro Tag rund 3,5 Millionen Tonnen Müll produziert. Für das Jahr 2025 seien täglich mehr als sechs Millionen Tonnen festen Mülls zu erwarten. Wenn sich am Verhalten der Menschen nichts ändert, werden es im Jahr 2100 täglich mehr als elf Millionen Tonnen feste Abfälle sein. Generell sei Müll vor allem ein Problem urbaner Regionen. Ein Städter verursache doppelt bis viermal so viel Müll wie ein Landbewohner.

Derzeit produzieren die Industrieländer in Europa und Nordamerika den meisten Müll. Hier erwarten die Experten den Höchststand der täglichen Müllmenge um das Jahr 2050. Aufgrund von geringem Bevölkerungswachstum und der technologischen Entwicklung werde sich die Menge anschließend langsam verringern. Besonders stark wachse das Müllaufkommen immer dort, wo das Wirtschaftswachstum hoch sei. Auf einigen Müllhalden etwa in China, Korea, Brasilien und Mexiko landeten täglich mehr als 10.000 Tonnen Abfälle.

Der Anstieg bei der Müllproduktion sei höher als der bei anderen umweltschädigenden Faktoren, Treibhausgase eingeschlossen. Schon jetzt seien die Auswirkungen immens, wie etwa die gewaltigen Müllstrudel in den Ozeanen zeigen. Mögliche Ansatzpunkte für eine Trendwende seien gebremstes Bevölkerungswachstum, verbessertes Ressourcenmanagement der Städte und technologische Fortschritte etwa für leichtere Verpackungen. Der Bericht nennt zwei besonders positive Beispiele: So habe sich San Francisco das Ziel gesetzt, bis 2020 den Abfall auf Null zu reduzieren. Derzeit werden 55 Prozent aller Abfälle recycelt oder wiederverwendet. Ein weiteres Beispiel ist Kawasaki, in der industrielle Prozesse so verbessert worden seien, dass 565.000 Tonnen Müll pro Jahr vermieden werden. Überhaupt könne Japan ein Vorbild beim Umgang mit Müll sein, schreiben die Autoren. Der durchschnittliche Japaner verursache, bei ähnlich hohem Bruttoinlandsprodukt wie der

durchschnittliche Amerikaner, demnach ein Drittel weniger Müll. Der Beitrag führt dies auf kulturelle Normen, aber auch eine dichtere Bevölkerung in den Städten und die hohen Preise für Importgüter zurück.

Quelle: <http://www.nature.com/news/environment-waste-production-must-peak-this-century-1.14032>

„Most Powerful People“

Am 30. Oktober veröffentlichte das Business-Magazin „Forbes“ seine jährliche Liste der mächtigsten Personen. Für die Erstellung der Liste, die seit 2009 veröffentlicht wird, zieht „Forbes“ vier Kriterien heran: Wie viel Macht hat ein Mensch über andere Menschen? Wie viel Geld kontrolliert er? In wie vielen Sphären der Welt ist er mächtig? Nutzt er seine Macht aktiv?

Russlands Staatschef Wladimir Putin ist gemäß „Forbes“ neuer mächtigster Mensch unter 72 ausgewählten Personen der Welt. Er verwies somit Barack Obama auf den zweiten Rang. Dahinter folgen Chinas Staatschef Xi Jinping und Papst Franziskus, dem höchsten Neueinsteiger. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist um drei Plätze gefallen und belegt Platz fünf. Sie bleibt jedoch die mächtigste Frau der Welt. Mit Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff kommt die nächste Frau erst auf Platz 20.

Die Top 10 vervollständigen Microsoft-Gründer Bill Gates, Fed-Chef Ben Bernanke, König Abdullah von Saudi-Arabien, der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi und Walmart-Chef Michael Duke.

Unter den 72 von Forbes ausgewählten Personen findet sich im Übrigen kein Österreicher.

Quelle: <http://www.forbes.com/powerful-people/>

„Global Slavery Index 2013“

Mitte Oktober veröffentlichte die in Australien ansässige NGO Walk Free Foundation den „Global Slavery Index 2013“. Für diesen Index hat Walk Free Foundation erstmals 162 Länder nach der Verbreitung von Sklaverei gereiht. Walk Free definiert den Begriff der Sklaverei gemäß der "Slavery Convention" von 1926 als „...Status oder der Zustand einer Person, der ein Teil des oder das ganze Recht auf Selbstbestimmung genommen wurde.“ Der Sklavenhandel umfasst "alle Akte der Gefangennahme, des Transports, des Erwerbs oder Veräußerung einer Person mit der Absicht, sie zu versklaven, zum Tausch oder zum Weiterverkauf zur Verfügung zu stellen."

Laut der NGO gibt es weltweit rund 28 bis 31 Millionen Sklaven. 13,3 bis 14,7 Millionen Menschen werden in Indien als Leibeigene gehalten. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen China mit 2,8 bis 3,1 Millionen und Pakistan mit 2 bis 2,2 Millionen Menschen. Die zehn Staaten, in denen die meisten Sklaven leben (siehe Übersicht), zeichnen für etwa 76% der globalen Sklavereifälle verantwortlich. Österreich ist hinter Großbritannien, Island, Irland und Neuseeland mit acht anderen europäischen Ländern ex aequo auf Platz 150 der 162 untersuchten Staaten gelistet. Laut Walk Free führen 1.000 bis 1.200 Menschen in Österreich ein Leben in massiver Abhängigkeit.

Was den Anteil der modernen Sklaven an der Bevölkerung betrifft, liegt Mauretanien mit vier Prozent auf dem ersten Platz. Mauretanien hat die Sklaverei als weltweit letzter Staat offiziell erst 1980 verboten. Dahinter folgen Haiti, Pakistan, Indien und Nepal. Als erstes europäisches Land folgt Moldawien auf Platz sechs.

Übersicht: Geschätzte Zahl der Sklaven in ausgewählten Staaten

Country Name	Population ⁶	Estimate of population in modern slavery	Lower range of estimate	Upper range of estimate
India	1,236,686,732	13,956,010	13,300,000	14,700,000
China	1,350,695,000	2,949,243	2,800,000	3,100,000
Pakistan	179,160,111	2,127,132	2,000,000	2,200,000
Nigeria	168,833,776	701,032	670,000	740,000
Ethiopia	91,728,849	651,110	620,000	680,000
Russia	143,533,000	516,217	490,000	540,000
Thailand	66,785,001	472,811	450,000	500,000
Democratic Republic of the Congo	65,705,093	462,327	440,000	490,000
Myanmar	52,797,319	384,037	360,000	400,000
Bangladesh	154,695,368	343,192	330,000	360,000

Quelle: World Slavery Index 2013; S. 7

Wo Sklaverei stark verbreitet ist, lassen sich häufig weitere negative Indikatoren beobachten. Die Länder im Schlussfeld des Sklaverei-Index überschneiden sich signifikant mit jenen Ländern, die im Human Development Index (HDI) im Schlussfeld liegen. Auch Korruption und fehlender Zugang der Bevölkerung zu Finanzdienstleistungen ist in von Sklaverei geprägten Ländern weit verbreitet. Die Überschneidungen hängen aber nicht unbedingt kausal zusammen, das heißt, Sklaverei zieht etwa nicht automatisch Korruption nach sich: So kommt beispielsweise in Griechenland Sklaverei kaum vor, dennoch liegt das Land bei der Korruption nur knapp vor dem europäischen Schlusslicht Albanien.

Quelle: <http://www.globalslaveryindex.org/>

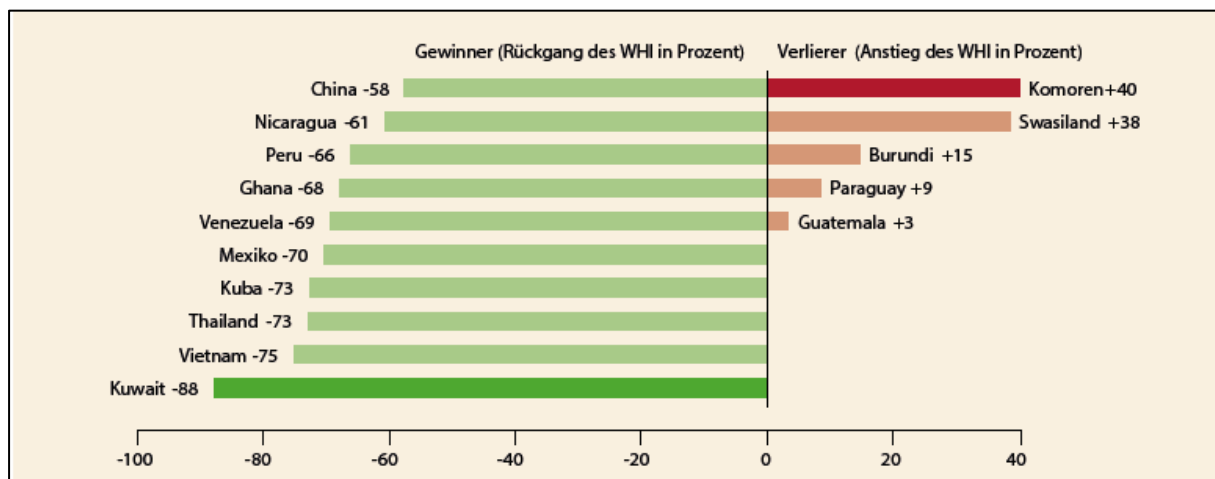
„Welthunger-Index 2013“

Am 14. Oktober veröffentlichte die Welthungerhilfe zum achten Mal ihren jährlichen Welthungerindex (WHI). In Zusammenarbeit mit dem US-Forschungsinstitut IFPRI und der Hilfsorganisation Concern Worldwide hat die Welthungerhilfe die Ernährungssituation in 120 Ländern untersucht. Der Welthunger-Index setzt sich aus drei Werten zusammen: Anteil der unterernährten Menschen an der Gesamtbevölkerung eines Landes, Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren sowie deren Sterblichkeitsrate. Die Situation wird insgesamt als ernst eingeschätzt: Jeder achte Mensch ist nicht ausreichend ernährt, weltweit hungern 842 Millionen Menschen. Bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen und hohe Nahrungsmittelpreise sind drei Faktoren, die besonders negative Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssituation haben. In 53 Ländern ist der Nahrungsmangel „ernst“ oder „sehr ernst“. In Burundi, Eritrea und auf den Komoren wird die Situation als „gravierend“ eingestuft. Das Ranking hat jedoch Lücken: Für Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Somalia und Afghanistan fehlten den Herausgebern des WHI verlässliche Zahlen. Betrachtet man keine einzelnen Länder, sondern Weltregionen, verzeichnet Südasien, obwohl in dieser Region seit 1990 die größten Fortschritte in der Hungerbekämpfung erreicht werden konnten, immer noch die höchsten Hungerwerte. Doch soziale Ungleichheit sowie der schlechte Ernährungszustand, das geringe Bildungsniveau und der niedrige gesellschaftliche Status von Frauen sind wesentliche Ursachen für die Mangelernährung der Kinder in dieser Region und erschweren weitere Verbesserungen des WHI-Wertes, heißt es im Bericht.

Dennoch scheint die aktuelle Lage besser als 1990: Die Werte des WHI sind im Vergleich zu 1990 um durchschnittlich 34 Prozent gesunken. Vor allem die Zahl der hungernden Kinder ist zurückgegangen. In Ost- und Südostasien, Lateinamerika und der Karibik sanken die Werte um 50 Prozent. Obwohl Afrika südlich der Sahara in den 1990er Jahren weniger Fortschritte bei der Hungerbekämpfung machte als Südasien, konnte es seit der Jahrtausendwende aufholen und erreicht nun einen WHI-Wert, der unter dem von Südasien liegt. Die Situation im Sahel bleibt jedoch fragil. Wiederkehrende Krisen haben sich negativ auf die Ernährungssicherheit in der Region ausgewirkt. Die Fähigkeit ohnehin verwundbarer Bevölkerungsgruppen, Krisen zu bewältigen, und ihre Widerstandsfähigkeit wurden so weiter geschwächt.

Der diesjährige Index rückt "Resilienz", also die Widerstandsfähigkeit von Menschen und Staaten gegenüber Krisen und Schocks, in den Mittelpunkt. Die Welthungerhilfe fordert ein Umdenken in der Entwicklungsarbeit, damit die Menschen sowohl mit akuten Notsituationen als auch mit chronischen Belastungen besser umgehen können. Dazu gehört die bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Denn eine starke lokale Verwaltung und Infrastruktur können die Folgen von Naturkatastrophen abmildern, weil Hilfsgüter schneller und wirksamer an ihr Ziel gelangen. Auch die Gründung von kommunalen Spargruppen gehöre zu den Instrumenten, mit denen verwundbare Gesellschaften Krisen abfedern können.

Übersicht: Gewinner und Verlierer beim WHI



Quelle: WHI 2013; S. 13

Quelle: <http://www.welthungerhilfe.de/ueber-uns/mediathek/whh-artikel/welthunger-index-2013.html>

IFRC Report "European Crises Report. Think Differently"

Am 9. Oktober veröffentlichte die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) in Genf den Report "European Crises Report. Think Differently". Die Studie ging der Frage nach, welche humanitären Auswirkungen die Wirtschaftskrise hat. An der Erhebung haben 42 Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften aus Europa und Zentralasien teilgenommen. Einige zentrale Ergebnisse:

- Von den rund 800 Mill. Einwohnern Europas (500 Mill. EU) haben 43 Mill. Menschen nicht genug zu essen. Innerhalb der vergangenen drei Jahre stieg die Anzahl der Menschen, die Nahrungsmittel vom Roten Kreuz erhielten, europaweit um 75 Prozent. 3,5 Millionen Menschen in Europa erhalten Nahrungsmittel vom Roten Kreuz, besonders dramatisch ist die Lage in Spanien, wo 1,2 Millionen Menschen versorgt werden.

- 120 Mill. Europäer sind armutsgefährdet. 8,9 Prozent der erwerbstätigen Europäer leben unterhalb der Armutsgrenze. Besonders schlimm ist die Lage in Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und Kroatien.
- Viele europäische Rotkreuzgesellschaften verzeichnen einen Anstieg sogenannter „Working poor“, also von erwerbstätigen Menschen, die mit ihrem Einkommen kein Auskommen finden.
- Auch auf den Gesundheitsbereich hat die Wirtschaftskrise starke Auswirkungen. Die europäischen Rotkreuzgesellschaften stellen in ihrem Bericht fest, dass ein Anstieg beim Bedarf an psychosozialer Unterstützung für Menschen, die an Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen leiden, zu beobachten sei, während bei den Ausgaben für Gesundheit stark gespart werde.

Quelle: <http://www.ifrc.org/economiccrisis>

FAO-Bericht „The State of Food Insecurity in the World 2013. The multiple dimensions of food security“

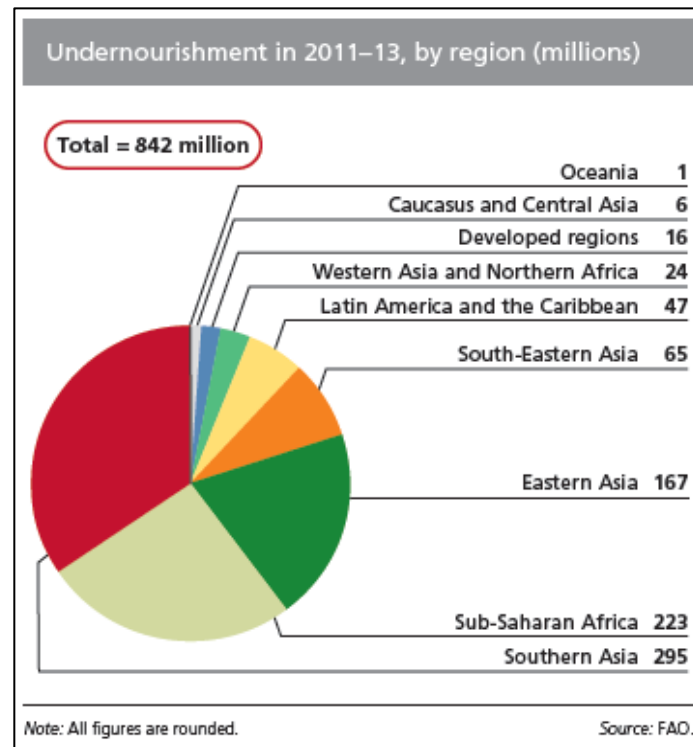
Am 1. Oktober veröffentlichte die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO in Rom unter dem Titel „The State of Food Insecurity in the World 2013. The multiple dimensions of food security“ ihren Jahresbericht zum Hunger.

Festgehalten wird, dass trotz Fortschritten im Kampf gegen den Hunger weltweit immer noch 842 Millionen Menschen an Nahrungsmangel und chronischer Unterernährung leiden. Zwar sind damit 26 Millionen Menschen weniger als im vorangegangenen FAO-Jahresbericht betroffen, von massiver Unterernährung ist jedoch weiterhin etwa ein Achtel der Weltbevölkerung betroffen. Seit 1990 bis 1992 ging die Zahl der ständig hungernden Menschen laut FAO aber um 17 Prozent zurück.

Die besonders betroffenen Entwicklungsregionen machten im Kampf gegen Unterernährung zwar insgesamt Fortschritte. Jedoch seien die regionalen Unterschiede noch groß, und massive, sofortige Bemühungen blieben dringend, um Hunger und Armut in weiten Teilen der Welt beseitigen zu können. Auch wenn es Fortschritte gibt, ist der Hunger nach wie vor das zentrale Thema in Subsahara-Afrika und in großen Teilen Asiens. Deutlich verringert werden konnte die Zahl der Menschen, die kaum etwas oder nicht genug zu essen haben, in Ost- und Südostasien sowie in Lateinamerika

Wirtschaftswachstum könne zwar die Einkommen erhöhen und Menschen ernähren. In armen Ländern seien Hunger und Armut jedoch nur dann erfolgreich auszurotten, wenn es breiteren Bevölkerungsteilen besser gehe und das Wachstum auch anhaltend sei. Die Politik sei laut FAO aufgerufen, vor allem in den ländlichen Regionen für Arbeitsplätze zu sorgen. Wichtig sei es, mit sozialer Politik vor allem die Einkommen armer Familien zu erhöhen, damit sie sich Nahrungsmittel überhaupt leisten könnten. Langfristig Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung in das Zentrum der politischen Entscheidungen und Programme zu stellen, ist aus Sicht der Ernährungsexperten der Schlüssel im Kampf gegen Hunger. Der volle Bericht ist unter der untenstehenden Webadresse abrufbar.

Graphik: Zahl der unterernährten Menschen weltweit nach Regionen



Quelle: FAO, „The State of Food Insecurity in the World 2013. The multiple dimensions of food security“, Executive Summary; S. 2

Quelle: <http://www.fao.org/docrep/018/i3434e/i3434e00.htm>

5. Weltklimabericht des IPCC

Am 27. September stellte der UN-Klimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) in Stockholm die rund 30seitige Zusammenfassung des 5. UN-Klimaberichts („Climate Change 2013. The Physical Science Basis. Summary for Policymakers“) vor, über die Regierungsvertreter und Forscher seit dem 23. September diskutiert hatten. Der Report über die naturwissenschaftlichen Aspekte des Klimawandels selbst ist mehr als 2.000 Seiten stark (downloadbar unter: <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/>).

Die wichtigsten Erkenntnisse des Reports:

- Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Luft im weltweiten Durchschnitt um 0,9 Grad erwärmt, Schnee und Eis sind in erheblichem Maße geschmolzen, der Meeresspiegel ist seither um 20 Zentimeter gestiegen. Die vergangenen 30 Jahre waren zumindest auf der Nordhalbkugel die wärmsten 30 Jahre seit dem Hochmittelalter, als es in manchen Regionen ähnlich mild war wie heute. In den vergangenen 15 Jahren ist die globale Durchschnittstemperatur in Bodennähe aber nicht weiter gestiegen.
- Trotz dieser Pause gehe der Klimawandel weiter. Schnee und Eis tauen in beträchtlichem Maße. Bis auf wenige Ausnahmen schrumpfen alle vermessenen Gletscher; allerdings gibt es von den meisten Gletschern keine Daten über längere Zeit, so dass sich bei ihnen keine Entwicklung beschreiben lässt.
- Satellitenmessungen zeigen, dass Grönland zwischen 2002 und 2011 etwa sechsmal mehr Eismasse verloren hat als zwischen 1992 bis 2001. Entsprechende Messungen demonstrieren, dass auch die Antarktis mehr Eis verliert als Schnee gewinnt. Die Verluste stammen wohl ausschließlich aus der Westantarktis.

- Auch im Meer schrumpft das Eis, der Schollenteppich auf dem Arktischen Ozean ist dramatisch dünner geworden; im Sommer 2012 verkleinerte sich seine Ausdehnung auf die Hälfte der zu dieser Jahreszeit Mitte des vergangenen Jahrhunderts üblichen Bedeckung. Vermutlich war das Arktiseis seit mindestens 2000 Jahren nicht mehr so dünn. Das Meereis vor der Antarktis hingegen ist während der vergangenen Jahrzehnte aus ungeklärten Gründen leicht gewachsen.
- Auch in mittleren Breiten schmilzt der Schnee. Im März und April fällt auf der Nordhalbkugel aufgrund der Erwärmung erheblich weniger Schnee. Ganzjährig gefrorene Erde taut mancherorts; so schrumpft im Norden Russlands die Dicke des Permafrostbodens.

Die Ursache des Klimawandels sei hauptsächlich Kohlendioxid (CO₂), das der Mensch mit Abgasen in die Luft blase. Der Klimarat ist sich dabei "zu 95 Prozent sicher", im vorigen Bericht lag die Sicherheit noch bei 90 Prozent. Die Zahl beruht nicht auf statistischer Berechnung, sondern auf einer Abstimmung unter Fachleuten. Die Strahlungswirkung von CO₂ stehe in gutem Einklang mit dem Temperaturanstieg der vergangenen Jahrzehnte. Wie stark der Effekt ist, gilt als Kernfrage der Klimaforschung. Die sogenannte Klima-Sensitivität beziffert der IPCC auf 1,5 bis 4,5 Grad; so stark stiege die Lufttemperatur aufgrund des Wasserdampfs, würde sich die CO₂-Menge verdoppeln. Die Spanne wurde aufgrund der jüngsten Klimaentwicklung im Vergleich zum letzten Bericht 2007 leicht nach unten korrigiert. Der Ausstoß von CO₂ aus Fabriken, Autos oder Kraftwerken habe sich allein in den vergangenen acht Jahren ungefähr um die Hälfte erhöht. Dennoch pausiert die Erwärmung der Luft: In den vergangenen 15 Jahren ist die bodennahe Temperatur im weltweiten Durchschnitt je nach Messreihe entweder gar nicht (laut britischem Met Office), oder um 0,05 Grad gestiegen (laut US-amerikanischem Wetterdienst). Gleichwohl fallen in diese Zeit die wärmsten Jahre seit Beginn der Messungen Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Ursachen seien unklar, verschiedene Effekte, etwa eine außergewöhnliche Schwächephase der Sonne zusammen mit kühlenden Ozeanströmungen, kämen in Frage. Ansonsten hätten natürliche Einflüsse das Klima seit Mitte des 20. Jahrhunderts aber kaum verändert, ihre Wirkung liege zwischen 0,1 und -0,1 Grad.

Als gewissermaßen künstliche Gegenspieler der Treibhausgase wirkten Schwefelteilchen aus Abgasen, die in den vergangenen Jahren vor allem in Asien für Smog sorgen. Die Schleier hätten die Erwärmung aber auch in den siebziger Jahren in Europa gebremst, bevor hier Schwefelfilter in den Fabriken montiert wurden.

Dass der Klimawandel weitergehe, zeige sich vor allem in den Ozeanen, die im Gegensatz zu Luft auch in den vergangenen Jahren wärmer wurden. 90 Prozent der Sonnenwärme gelangt in die Meere. Die Meere hätten sich fortwährend erwärmt. Messungen in den Ozeanen sind allerdings weitaus lückenhafter als an Land, zumal in größeren Tiefen. Wärmebedingte Ausdehnung und Eisschmelze heben die Meere seit etwa 20 Jahren um drei Millimeter pro Jahr, so schnell wie zuletzt zwischen 1920 und 1950.

Eine weitere Bedrohung ist hingegen kaum sichtbar: CO₂ gelangt auch in die Ozeane, wo es sich zu Kohlensäure verbindet. Der pH-Wert sei bereits leicht gefallen, die Meere würden folglich saurer. Muscheln, Korallen und anderen Organismen falle es deshalb bereits schwerer, ihre Kalkschalen zu bilden.

Je nachdem, wie stark der CO₂-Ausstoß anhalte, umso gravierender werde die künftige Erwärmung ausfallen, warnt der IPCC. Die Folgen würden *"die Umwelt in einer Weise ändern, wie seit Hunderten oder Tausenden Jahren nicht geschehen"*.

Die größten Risiken sind IPCC zufolge:

- Ein ungebremster Ausstoß von Treibhausgasen würde das Klima bis Ende des Jahrhunderts vermutlich um rund 3,7 Grad erwärmen.
- Es drohen mehr Hitzewellen.

- Der Anstieg der Meere könnte Jahrhunderte weitergehen. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts drohe ein Anstieg um 26 bis 82 Zentimeter, je nachdem, wie viel Treibhausgas die Welt wärmt. Damit erhöht IPCC seine Prognose aus dem letzten Report, als er den Beitrag des Schmelzwassers der großen Eisschilde aufgrund unsicherer Daten geringer ansetzte. Auch diesmal verbannt der IPCC Extremszenarien aus seiner Zusammenfassung. Manche Forscher glauben, dass der Rat zu vorsichtig urteile.
- Viele Gletscher, die auch als Trinkwasserressourcen dienen, könnten komplett verschwinden.
- Die Ozeane drohen saurer zu werden, Organismen würde es schwerer fallen, ihre Schalen zu bilden.
- Klimazonen könnten sich verschieben. In den Subtropen und angrenzenden Regionen wie am Mittelmeer dürfte es deshalb häufiger Dürren geben.
- In den Tropen und in mittleren Breiten wie Deutschland würde es mehr Starkregen geben. Handlungsanweisungen gibt IPCC nicht. Das Gremium will lediglich den Wissensstand über das Klima darlegen. Welche Konsequenzen die Politik zieht, entscheidet sich auf den UN-Klimagipfeln.

Quelle: http://www.climatechange2013.org/images/uploads/WGI_AR5_SPM_brochure.pdf

UN Studie zur internationalen Migration

Weltweit leben laut einer Studie des UN Department of Economic and Social Affairs (UN-DESA), die am 11. September veröffentlicht wurde, 2013 232 Millionen Menschen (ca. 3,2 Prozent der Weltbevölkerung) entweder freiwillig oder gezwungenermaßen außerhalb ihres Heimatlandes. Im Jahr 2000 waren es 175 Millionen und 1990 waren es 154 Millionen. In Europa und Asien hielten sich zusammen fast zwei Drittel der internationalen Migranten weltweit auf (72 Millionen in Europa und 71 Millionen in Asien). Die internationale Migration ist auf relativ wenige Länder konzentriert: Die Hälfte der Migranten lebt in zehn Ländern. Siehe untenstehende Übersicht. In Österreich verzeichnet die Statistik 1,33 Millionen Migranten.

Übersicht: Staaten mit den meisten Migranten:

USA	45,8 Mill.
Russland	11 Mill.
Deutschland	9,8 Mill.
Saudi-Arabien	9,1 Mill.
Vereinigte Arabische Emirate	7,8 Mill.
Großbritannien	7,8 Mill.
Frankreich	7,4 Mill.
Kanada	7,3 Mill.
Australien	6,5 Mill.
Spanien	6,5 Mill.

Rund 74 Prozent der Migranten sind im arbeitsfähigen Alter, d.h. zwischen 20 und 64 Jahren. Der Anteil der Frauen unter den Migranten beträgt etwa 48 Prozent. Laut dem Bericht machen Flüchtlinge einen recht kleinen Anteil der globalen Migration aus. Rund 16 Millionen Menschen, d.h. rund sieben Prozent aller Migranten, wanderten aus Furcht vor Verfolgung in ein anderes Land aus. Neun von zehn Flüchtlingen landen in anderen Entwicklungsländern, die meisten davon in asiatischen Staaten.

Quelle: <http://esa.un.org/unmigration/wallchart2013.htm>

Welterschöpfungstag, 20. August 2013

Laut Berechnungen von WWF und des Global Footprint Networks, hatte die Weltbevölkerung am 20. August 2013 mehr Ressourcen verbraucht, als die Erde im Jahr 2013 zur Verfügung stellen konnte. Der 20. August war daher der sogenannte „World Overshoot Day“ (Welterschöpfungstag) des Jahres 2013. Das Konzept wurde ursprünglich vom Britischen Think Tank „New Economics Foundation“ entwickelt. Obwohl der World Overshoot Day nur eine grobe Schätzung des Ressourcenverbrauches innerhalb einer bestimmten Zeit ist, ist er das einzige wissenschaftliche Messgerät, das die Lücke zwischen dem Bedarf an ökologischen Ressourcen und der Kapazität der Erde zeigt. In die Berechnung fließt der Bedarf an Acker- und Weideland, Wäldern und Fisch sowie der Platzbedarf für Infrastruktur ein. Dieser wird der weltweiten biologischen Kapazität gegenübergestellt, also dem Vermögen der Ökosysteme, Ressourcen aufzubauen und Müll sowie insbesondere Abgase aufzunehmen. Mehr konnte die Erde innerhalb eines Jahres nicht regenerieren und nachhaltig zur Verfügung stellen. Für den Rest des Jahres lebte die Menschheit gewissermaßen „auf Pump“ und zehrte von den stillen Reserven der Erde. 2013 wurde der Welterschöpfungstag schon zwei Tage eher erreicht als noch 2012. Besonders besorgniserregend laut WWF: Die Menschheit verbrauche schon seit dreißig Jahren mehr Ressourcen, als nachhaltig vorhanden. Gemäß Berechnungen des Global Footprint Networks entspricht die Nachfrage an erneuerbaren ökologischen Ressourcen etwas mehr als anderthalb Erden. Der Großteil der Übernutzung wird durch nur ein Viertel aller Menschen verursacht. Bei Fortschreibung der Trends wären um 2050 zwei Planeten von der Qualität der Erde erforderlich, so Wolfgang Pekny, Geschäftsführer von Footprint.

In der Summe hat heute China den größten ökologischen Fußabdruck. Der Fußabdruck eines durchschnittlichen Chinesen ist mit 2,7 globalen Hektar (gha) pro Einwohner aber noch deutlich geringer als der von Bürgern in Westeuropa oder den USA, liegt aber trotzdem bereits über dem global verfügbaren 1,8 gha. Der Footprint pro EinwohnerIn in Österreich beträgt 5,3 gha (aktuellste Daten auf Grundlage der Statistiken 2008). Legt man jeweils die global fair verfügbare Biokapazität von ca. 1,8 gha zu Grunde, dann wäre bei einem global verallgemeinerten Ressourcenverbrauch im Stile Österreichs der Overshoot-Day bereits am 3. Mai gewesen.

Rechnet man den bestehenden Verbrauch in die Anzahl der für die Bereitstellung der Ressourcen benötigten Planeten um, ergibt sich folgendes Bild:

Katar	6,5
USA	4,2
Österreich	3,0
Russland	2,7
Brasilien	1,9
China	1,5
Indien	0,5
Welt	1,56

Unter http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/gfn/page/earth_overshoot_day/ kann man den persönlichen Footprint berechnen.

Quellen:

<http://www.footprint.at/index.php?id=overshoot2013;>

http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/gfn/page/earth_overshoot_day/

„Tax Freedom Day“ in Österreich am 31. Juli 2013

Der Tax Freedom Day geht der Frage nach, wie lange die Steuerzahler durchschnittlich arbeiten müssen, um die jährlichen Steuern und Abgaben zu decken. Die gesamten zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben werden ins Verhältnis zum Einkommen der Haushalte und Betriebe gesetzt. Der daraus errechnete Prozentsatz wird auf das Jahr (365 Tage) umgelegt. Der Tax Freedom Day ist somit, zumindest statistisch, der erste Tag des Jahres, an dem der durchschnittliche Steuerzahler eines Landes sein Einkommen nicht mehr für die Begleichung von Steuern oder Abgaben heranziehen muss, d.h. ab diesem Zeitpunkt können die Steuerzahler frei über ihr Einkommen verfügen. Ursprünglich wurde die Berechnung durch die Tax Foundation in Washington D.C. konzipiert und von mehreren Wirtschaftsinstituten wie dem Adam Smith Institute in Großbritannien oder dem Karl-Bräuer Institut des Bundes der Steuerzahler Deutschland aufgegriffen, um die Steuerbelastung einer Volkswirtschaft vereinfacht darzustellen und aufzuzeigen, in welche Richtung sich die Steuer- und Abgabenbelastungen einer Volkswirtschaft entwickeln.

Die Aufstellung für Österreich wird seit dem Jahr 2010 vom Austrian Economics Center durchgeführt. Der Tax Freedom Day für Österreich wurde 2013 mit dem 31. Juli fixiert.

Details zur Studie finden sich unter <http://www.austriancenter.com/?p=3813>.

|

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

